

Correspondent

Er scheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonntag.

Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

42. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 10. März 1904.

№ 29.

Geschunden, geteert und gefedert!

Bei den Arbeitswilligen handelt es sich um ruhige, in die Staats- und Rechtsordnung sich schickende, für den Staat besonders nützliche Elemente, welche in ihren mit den Staatsinteressen zusammenfallenden persönlichen Interessen wirksam zu schütten eine wichtige und bringliche Aufgabe der Staatsgewalt ist.

Motivte zum Buchhausgesetz.

Dieser angenehmen Prozedur wird zurzeit der Vorstand des Berliner Ortsvereins des **Gutenberg-Bundes** zum größten Gaudium aller nicht-bündlerischen Buchdrucker Deutschlands unterzogen. Die Ursache dazu wurde gegeben durch den kurzzeitigen Ausstand unserer Verbandskollegen bei der Firma Haafenstein & Vogler. Selten ist das streikbrecherische Programm des Gutenberg-Bundes in so tadelloser Reinkultur von der Berliner Bundesleitung zur Anwendung gebracht worden wie in dem vorliegenden Falle. Immer auf der Höhe der Zeit stehend, wenn es sich darum handelt, bedingungslos Arbeiterinteressen mit Füßen zu treten und jedem bedrängten Prinzipal den Rücken zu steifen, hat die Leitung des Berliner Ortsvereins mit Zustimmung des Hauptvorstandes des Gutenberg-Bundes wieder einmal aller Welt bewiesen, daß der Bund unfähig ist, auch nur im Entferntesten bei den tariflichen oder organisatorischen Einrichtungen im Buchdruckgewerbe eine förderliche Rolle zu spielen. Alle vergangenen Versuche waren nutzlos und alle ferneren werden es sein, die streikbrecherischen Tendenzen des Gutenberg-Bundes umzuwandeln in solche aufbauender und schaffender Natur. Wir beklagen dies aus sachlichen Gründen, weil wir bei dieser Organisation all die Hemmnisse und Hindernisse zu suchen haben, welche einer wirksamen Vertretung der Gehilfeninteressen im deutschen Buchdruckgewerbe entgegenstehen und weil eine Organisation mit den bereits in der Nummer 27 gekennzeichneten Handlungen allmählich einen vielleicht anfänglich vorhandenen und nach Betätigung ringenden gesunden Geist eines Teiles ihrer Mitglieder korrumpieren, jedes kollegiale Empfinden und den Begriff für Recht und Unrecht ersticken muß. Es ist gerabezu unfeinlich mit einer Arbeiterorganisation befehlte, die bei jedem Vorstoße des Verbandes zugunsten tariflicher Verhältnisse oder zur Geltendmachung der organisatorischen Gleichberechtigung von ihren in Reserve stehenden Arbeitswilligen marodierend das Schlachtfeld absuchen läßt. Man müßte, was schon so oft im „Corr.“ geschehen, die ganze, Prinzipienverleugnung und Arbeitswilligendienst darstellende Geschichte des Gutenberg-Bundes schreiben, wenn wir den in Rede stehenden Fall nach Gebühr kommentieren und die Konsequenz bewundern wollten, mit der diese Organisation würdig neben dem größten Lehrlingszüchter und Schmutzkonkurrenten an der „Hebung des Gewerbes“ arbeitet.

Allerdings — zur Ehre der Betroffenen sei es gesagt — die besseren Elemente des Bundes, die im Laufe der Jahre in diesen eingetreten waren, haben ihn, müde des Gaukelspiels seiner Leitung, nach und nach wieder verlassen und stehen jetzt in den Reihen des Verbandes und auch die neuesten Berliner Vorgänge werden so manches schlummernde Gewissen aufrütteln und an seine kollegiale Pflicht erinnern. Ist es doch Tatsache, daß in wenig

mehr wie zwei Jahren etwa 600 Mitglieder dem Gutenberg-Bunde Salet gesagt und die einzig mögliche und des Vertrauens der Kollegen würdige Organisation, den Verband, aufgesucht haben, trotzdem das Organ des Gutenberg-Bundes, der „Typograph“, nachweislich keine Nummer ins Land schickt, in der nicht mit mehr oder minder großer Verlogenheit der Verband beschimpft und besudelt wird. In der Regel gehen wir mit souveräner Verachtung über diese Merkmale einer übertriebenen jaulenden Verfehlung des Gutenberg-Bundes hinweg.

Wie immer natürlich, ist auch in dem neuesten Falle den Bündlern seitens des Verbandes und des Tarif-Amtes bitteres Unrecht geschehen. In einer Extraausgabe des „Typograph“ gibt dieser von der angebliehen „Vergewaltigung des Bundes“ seinen Lesern Kenntnis. Auf welchem Rechtsboden aber hier die Berliner Bundesleitung steht, mag aus ihren eignen Publikationen im „Typograph“ hier konstatiert sein. In der Extraausgabe unseres „Bruder“organs — ach, es ist der beste Bruder nicht! — heißt es in hervortretendem Fettdrucke:

„Koalitionsfreiheit und Terrorismus? (Der arme Bumm wollte schreiben: Koalitionsfreiheit oder Terrorismus? Red. des „Corr.“) Am Freitag erklärten die bei Haafenstein & Vogler stehenden Verbandsmitglieder, mit Gutenberg-Bündlern nicht zusammenarbeiten zu wollen, verlangten die Entlassung derselben und als dies vom Geschäft abgelehnt wurde, erfolgte Arbeitsniederlegung!“

Ein paar Tage darauf veröffentlicht „der Vorstand des Berliner Buchdruckervereins (Gutenberg-Bund)“ im „Typograph“ eine Bekanntmachung folgenden Inhalts:

„Durch eine Extraausgabe des „Typograph“ wurden die Leser von den Vorgängen in der Druckerei Haafenstein & Vogler wahrheitsgemäß unterrichtet. Die nun am Dienstag stattgehabte Sitzung des Schiedsgerichtes hat, so viel wir erfahren, die Druckerei eines Tarifbruches schuldig erklärt. Demzufolge haben wir unsere Mitglieder veranlaßt, einmütig die Arbeit bei dieser Firma niederzulegen, was auch geschehen ist.“

Mit diesen beiden Erklärungen im „Typograph“ ist besser als durch die umfanglichsten Darlegungen von unsrer Seite nachgewiesen, welche unsagbar verächtliche und traurige Rolle der Gutenberg-Bund wieder einmal gespielt hat und wozu seine Mitglieder von ihrer Leitung mißbraucht wurden. Mit dem gewohnten Stumpfsinne, mit dem aber diese Publikationen in den Kreisen der Bündler kritiklos hingenommen werden, ist für die Macher des Bundes gleichzeitig die Garantie geschaffen, daß gedankenlos die Mitglieder auch fernerhin ihre ausgezeichnete Leitung schalten und walten und sich und den Bund blamieren lassen. Unserer kann nur staunen über die Unversoretheit, mit der der Wahrheit, aller Logik und den Bundesmitgliedern durch den Inhalt des Abgedruckten ins Gesicht geschlagen wird. „Wahrheitsgemäß“ soll in der Extraausgabe des „Typograph“ gesagt sein, daß die bei Haafenstein & Vogler stehenden Verbandsmitglieder mit Gutenberg-Bündlern nicht zusammenarbeiten wollen, und trotz dieser „wahrheitsgemäßen“ Feststellung bringt es die Bundesleitung fertig, zu konstatieren, daß sich „die Druckerei eines Tarifbruches schuldig“ gemacht und die Leitung des Bundes sich veranlaßt gesehen habe, den Aus-

reißern aufzugeben, „einmütig die Arbeit bei dieser Firma niederzulegen.“ Somit bringt es der Berliner Bundesvorstand fertig, in einem Atemzuge „wahrheitsgemäß“ zu lügen und gleichzeitig diese Lügen in der Zwangslage des überführten Angeklagten einzugestehen. Wäre die Behauptung richtig, daß die Verbänder ein Zusammenarbeiten mit den Bündlern abgelehnt und deshalb in den Ausstand getreten seien, fände sich kein Tarif-Schiedsgericht und kein Tarif-Amt, das infolge dieser Arbeitsniederlegung irgend eine Firma im Reiche des Tarifbruches geziehen hätte, zumal doch hierbei noch mit der Tatsache zu rechnen ist, daß die überall und allezeit willfährigen Bündler um dieser Eigenschaft willen bei den Prinzipalen wohlgefallen sind.

So leicht und oberflächlich werden heutzutage zugunsten ausständiger Gehilfen keine Schiedsgerichtsurteile gefällt, zumal in einer so wichtigen Sache; um so schwerer wiegt infolgedessen das tarifliche Verbrechen der Berliner Bundesleitung, die beim ersten Sturmzeichen wie aus der Pistole geschossen mit ihren Arbeitswilligen auf dem Plane erschien. Kollege Massini stellte im Berliner „Vorwärts“ fest, daß die Bündler aus den verschiedensten Druckereien, wo sie in Kondition standen, herausgezogen wurden, um bei Haafenstein & Vogler einpringen zu können, ja, selbst Hilfspersonal, das bereits seit acht und zehn Jahren in anderen Druckereien tätig war, wurde vom Berliner Bundesvorstande aus diesen Druckereien herausgelockt, zur Aufgabe ihrer sicheren Stellungen verleitet und somit die Arbeitswilligenvermittlung für den ganzen Umfang eines weitverzweigten modernen Buchdruckereibetriebes durch den Bundesvorstand entriert. Schade, daß Herr August Köhler und seine Helfershelfer nicht die Leitung eines der großen Berliner Warenhändler in die Hände bekommen, diese Herren würden mit der Einführung des Artikels „Arbeitswillige“ einem längst gefühlten Bedürfnisse abhelfen — natürlich bei konkurrenzlos billigen Preisen; auf die Dualität sieht man bei Schlenkerware ja so wie so nicht.

Wenn nun der Berliner Ortsvorstand des Gutenberg-Bundes in überraschender Schnelligkeit bloß auf ein Gerücht hin (...so viel wir erfahren, ist die Druckerei eines Tarifbruches schuldig erklärt...) seine Ausreißer angeblich zur Arbeitsniederlegung bei Haafenstein & Vogler aufgefordert hat, so geht daraus mit überzeugender Deutlichkeit hervor, daß die Bundesleitung ihrer streikbrecherischen Handlung von ersten Augenblicke an bewußt war, denn wer so schnell ist mit Arbeitswilligendiensten und darin eine seiner hauptsächlichsten Lebensaufgaben erblickt, dem liegt es ganz und gar fern, bei dieser kalten Witterung den warmen Platz hinterm Ofen eifertig zu verlassen. Und in Wahrheit sind die Eingepfundenen auch gar nicht freiwillig gegangen, sondern, wie so oft nach beendeten Ausständen, einfach gegangen worden. Die betr. Firma hat es vorgezogen, sich freizubewahren und mit ihrem alten Personale weiter zu arbeiten, statt mit den bündlerischen Filbustiern, die alle tariflichen Gewässer unsicher machen, gute alte tarifliche und soziale Grundsätze in das Gegenteil zu verkehren.

Wir haben keine Veranlassung, gegenüber der Firma Haafenstein & Bogler noch einmal die ganze Streitfrage aufzurollen, wie wir es auch für überflüssig finden, auf die geschwollenen Phrasen der Extraausgabe des „Typograph“ einzugehen — uns und unseren Lesern genügt die oben abgedruckte Bekanntmachung des Berliner Bundesvorstandes und die Tatsache, daß das Urteil eines paritätisch zusammengefügten Tariffschiedsgerichtes selbst auf die Bündler so überzeugend einwirkte, daß ihre Leitung die Klausur aufgefördert haben will, sofort die widerrechtlich eingenommenen Plätze der Ausständigen zu räumen. Ob die armen Teufel von Arbeitswilligen ihre alten Konditionen wieder erhalten oder ob sie so lange auf der Straße unbesorgter müssen, bis sie wieder irgendwo dem Tarife ein Bein zu stellen von ihrer Leitung aufgefordert werden, interessiert uns vorläufig nicht, uns genügt, daß die letzteren aus der ganzen Affäre mit seltener Gründlichkeit geschunden, geteert und geseckert hervorgegangen ist.

Die Schlussfolgerungen, die sich für uns aus dem ganzen Verhalten des Bundesvorstandes in der vorwärtigen Angelegenheit ergeben, sind sehr naheliegend: sie gipfeln in einer weiten Mitgliederflucht des Gutenberg-Bundes. Selbst wenn diese keinen größeren Umfang annehmen sollte, so ist doch zum Mindesten der Bund so zusammengestaucht worden, daß seine an sich schon geringe Agitationsfähigkeit noch um dessen bescheidenen Rest gebracht ist. Das festste gerade noch zu den bekannten Hamburger Vorgängen, wo selbst der „Typograph“ in seiner neuesten Nummer den Austritt von etwa 20 Mitgliedern zugestehen muß. Wir bewundern dabei nur den Wurstigkeitsstandpunkt mit dem der „Typograph“ diese Tatsache konstatiert. So schreibt er:

„... und ist wohl zu behaupten, daß der Hamburger Dreierverein durch den Austritt von etwa 20 lauen Mitgliedern durchaus nicht in seinen Grundfesten erschüttert wurde, sondern im Gegenteil durch den Abfall der abgetrennten Zweige einen gesunden Stamm bildet. ... Sollten dennoch einige Mitglieder unter uns sein, welche noch nachfallen, nun, dann laßt sie ruhig selig werden, wir meinen nicht um sie.“

Der „Typograph“ verliert nie den Humor: in Berlin treten einige hundert Mitglieder zum Verbande über, laßt sie fahren, das ist nur ein Gewinn für den Bund, in Hamburg treten etwa 20 Bündler in den Verband ein, nun ist erst der „gesunde Stamm“ möglich, folgen ihnen noch weitere Mitglieder, „wir meinen nicht um sie“, werden die Klausur wieder hinausgeworfen, legen diese „einmütig“ die Arbeit nieder, seine Mitglieder häufen Streikbruch auf Streikbruch, das ist „wahre Nächstenliebe und echte Kollegialität“, wird den Bündlern prinzipalseitig attestiert, daß der Bund gegen den Tarif arbeitet, „vertreten und vertiefen die Mitglieder des Bundes die Grundsätze des Tarifes“, immer sieht der „Typograph“ blühende Gesundheit des Bundes, wo es sich um galoppierende Schwindsucht und Verdorrung des Rückenmarkes der Organisation handelt. „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“

Außerdem, was sagen zu den Berliner Tatsachen die dem Bunde befreundeten Organisationen des Frankfurter Arbeiterkongresses, auf welchem der Gutenberg-Bund ebenfalls vertreten war? Haben wir im Gutenberg-Bunde die Grundsätze und Ziele zu suchen, welche die „nationale und christliche Arbeiterbewegung“ verfolgt? Wir glauben es kaum, darum wäre uns aber eine möglichst klare und präzise Antwort sehr angenehm, um den Gutenberg-Bund auch aus diesem seinem einzigen und letzten Schlupfwinkel treiben zu können.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir gleich noch auf eine Erklärung eingehen, welche der Verfasser des in Nr. 17 des „Corr.“ von uns behandelten „Eingefandte“ im „Typograph“ veröffentlicht, diese „Erklärung“ lautet:

„Zu Nr. 17 des „Corr.“ bezeichnet Herr Rezhäuser die unsrerseits aufgestellte Behauptung, daß er gelegentlich des Beleitigungsprozesses G.-B. contra Brust den geheimen Inspirator Brusts gespielt, als eine böswillige Verleumdung.

Demgegenüber stellen wir hiermit fest:

Bei einer Unterredung unseers Gewährsmannes mit Herrn Brust, erklärte dieser ersterem u. a.: daß er, nachdem der G.-B. gegen ihn Klage erhoben, sich genötigt gesehen habe, für die dem „Corr.“ entnommenen und unter Anklage gestellten Behauptungen Beweise zu erbringen. Zu diesem Zwecke habe er sich durch eine Vermittlungsperson an die Herren Rezhäuser in Leipzig und Massini (!) in Berlin gewandt, die ihm dann auch bereitwillig das gewünschte „Material“ zur Verfügung gestellt sowie auch ein Verzeichnis der in Betracht kommenden „Zeugen“ übermittelt hätten!

Auf Grund dieser Tatsache setzen wir uns veranlaßt, den uns gemachten Vorwurf böswilliger Verleumdung entschieden zurückzuweisen. Verdächtiger und Verleumder ist eine Spezialität der „Corr.“-Redaktion und werden wir es niemals unternehmen, diesbezüglich mit derselben in Konkurrenz zu treten. — Die offensündige Tatsache, daß sich die Herren Rezhäuser, Massini usw. Herrn B. als „Retter in der Not“ bereitwillig zur Verfügung gestellt (zu welchem Zwecke, haben wir in unserm Eingefandte bereits näher angedeutet), kann auch nicht durch die raffinierteste Silbenstecherei und Wortklaubererei aus der Welt geschafft werden!

Wie kann nur ein Mensch so entsetzlich dumm sein. Weil wir auf Wunsch eines Verbandskollegen dem Herrn Brust einige „Corr.“-Nummern zugehen ließen, sind wir zum „geheimen Inspirator Brusts“ avanciert. Wir müssen reumütig gestehen, daß wir auf Wunsch sogar Prinzipalen, der Regierung, der Polizei, Sozialdemokraten und — Gutenberg-Bündlern „Corr.“-Nummern zugesandt haben, somit unsere „geheimen Inspirationen“ ziemlich weitverzweigt sind. Andererseits müssen wir verraten, daß wir auch im Gutenberg-Bunde Verbindungen haben und uns von dort „geheim“ inspirieren lassen. Einer unserer Inspiratoren ist z. B. der Vorsitzende des Berliner Ortsvereins (G.-B.) Herr August Köhler, der uns i. J. ein Statut des Bundes übermittelte. Hoffentlich wird Herr Köhler als „geheimer Inspirator“ Rezhäusers deshalb nicht gehängt werden, es wäre schade um jenen Herrn, von dem der Bund noch so außerordentlich viel zu erwarten hat. Daß wir also für Herrn Brust den „Retter in der Not“ gespielt haben sollen, ist lediglich eine Begriffsverwechslung des Herrn Einsenders, der diese seine berufsmäßige Tätigkeit uns zu suggerieren sucht. Dabei wollen wir noch gar nicht einmal untersuchen, ob die Aussagen des Herrn Brust richtig wiedergegeben sind, woran man aber wohl bei der anerkannten Wahrheitsliebe des „Typograph“ und seiner „geheimen Inspiratoren“ nicht zweifeln darf.

* * *

Die betrübten Lohgerber reede **Gutenberg-Bündler** hielten nun am 6. März eine **Versammlung** ab, in welcher die vereirliche Leitung bemüht war, ihre Haltung in der Angelegenheit G. & B. zu rechtfertigen. Ueber diese erbarmungswürdige Komödie wird uns kurz vor Abschluß von unserm gut unterrichteten S-Mitarbeiter geschrieben:

Die Versammlung war gut besucht; die Vorstandsmitglieder schon alle in die Rednerliste eingetragen, damit anderen das Wort abgeschnitten werden konnte. Der Arbeitsvermittler des Gutenberg-Bundes Müller nahm als erster das Wort. Er erklärte, daß er die zwei Maschinenmeister zu Haafenstein & Bogler nicht hingeschickt habe, sondern der Geschäftsführer der Firma G. & B. habe dieselben selbst auf dem Bureau engagiert. Er hätte die Pflicht, wenn tariflich bezahlt würde, Arbeitskräfte zu vermitteln und wenn Arbeitslose vorhanden seien und solche verlangt werden, dieselben zu vermitteln. Fanson: Tarifbruch läge nicht vor, den hätten sich nur die Verhandlungsgegenstände herausgelüftet. Sie hätten bereits mit dem Justizrat Zeidler konferiert, um Klage gegen den Verband einzureichen. Die ganze Sache sei schlecht eingefädelt worden und müssen wir in Zukunft vorichtiger bei derartigen Abmachungen sein und nur schriftlich dieselben treffen. Speziell diese Angelegenheit sei ein Beweis dafür, wie es die Herren Geschäftsführer machen. Der Geschäftsführer D. habe 12 Stunden vor dem Entscheide des Tarif-Antes gesagt, ehe das alte Personal wieder hereinkomme, ließe er lieber den Betrieb vier Wochen stehen! Sollten die eilfertigen Arbeiten von den Bündlern erledigt werden, so könne er schon jetzt erklären, daß sie alle im Sommer 14 Tage Ferien bekommen würden. Wenn der Bund 30 Mann stellen könne, würde er (der Geschäftsführer) das alte Personal nicht mehr nehmen. Sie sehen also, wie das Geschäft sein Wort eingelöst hat und wir haben keine Veranlassung, das Geschäft jetzt zu schonen. — Fllig: Er bedauere, daß kein Gesetz da wäre, um uns gegen die „Vergewaltigung“ des Tarif-Antes und des Verbandes zu schützen. (Verschiedene Rufe: Buchtausgabe!) Er kenne ja die Brüder, wie den „Corr.“-Redakteur, Döblin und Massini zur Genüge. Die sind nicht mehr wert, wie alle die anderen. Wir müssen eine Erklärung an sämtliche (!) Zeitungen schicken, welche in Arbeitertreffen gelesen werden, um uns zu

rechtfertigen. Auch ein Schreiben an die Prinzipale muß gerichtet werden, damit denen einmal die Augen geöffnet werden. Er hofft, daß sich genug Kollegen finden werden, um die Klage gegen Massini einzureichen, damit dieser einmal einen ordentlichen Denzettel bekommt. Ein weiterer Redner erklärte: Man solle aus der Provinz mehr Arbeitskräfte heranziehen, um größere Buben erobern zu können. Daß! Der Vorstand hätte in dieser Angelegenheit sollen weitsichtiger sein. Nachdem der Streik ausgebrochen, hätte er keine Kräfte mehr hinschicken sollen. Er erinnere an den Fall im „Lokalanzeiger“ und verschiedene andere, wo die Bündler schlechte Erfahrungen gemacht haben. Als er die Nachricht von dem Streik bei Haafenstein & Bogler gelesen, sei er vor Schreck auf den Rücken gefallen über die Dummheit, die wieder gemacht worden sei. Der Bund habe sich blamiert! Er sei auch dafür, daß Buben erobert werden sollten, wenn dies angebracht ist. (Das betrachtet der Bund immer als angebracht. Neb.) Aber der Vorstand hat hier gewußt, daß wir dies nicht könnten; er hätte sich vorher darüber klar sein müssen. Wenn ein Geschäftsführer erkläre, er ließe den Betrieb vier Wochen stehen, so sind das alte Redensarten. Er kann doch den Betrieb nicht stehen lassen, wenn die ganze Schublade voll Manuskript liegt! Er wisse, daß der Vorsitzende Köhler vor einiger Zeit schon mit dem Geschäftsführer von Haafenstein & Bogler in Verbindung gestanden hätte wegen Personallieferung während des Ausstandes der Buchbinder. Er hätte keine Kräfte hinschicken sollen, sondern vorsichtiger handeln. Köhler: Der Geschäftsführer sei bei ihm gewesen und verlangte Drucker. Auf seine Einwendungen, daß doch dort nur Verbandsmitglieder stehen, habe derselbe ihm erwidert, er wolle das Personal für die Zukunft gemischt haben. Augenblicklich seien 50 Gehilfen beschäftigt, in den Sommermonaten ist es aber fast das Doppelte. Er (Köhler) habe dann von dem Geschäftsführer die Zusicherung verlangt, daß dies aber nicht nur vorübergehend geschehen könne, sondern daß dies auch dauernd sei. Diese wurde ihm vom Geschäftsführer D. gegeben. Köhler erkläre ferner, sofort wie seitens des Tarif-Antes ein Tarifbruch bei der Firma konstatiert worden war, die Anweisung gegeben zu haben, daß die „Truppen“ zurückzuziehen seien, was auch geschehen ist. Müller weist noch darauf hin, daß er aus den Druckerien keine Kräfte herausgezogen hat, sondern daß dieselben ihre Konditionen freiwillig verlassen hätten, um bei der Firma Haafenstein & Bogler anzufangen. Diese Ausführungen bestätigte auch ein Bündler von der Firma Gerz in Charlottenburg. Sie seien ihrer mehrere aus Kondition nach Steglitz gegangen, um den „Steglicher Anzeiger“ herauszugeben. (Das rühmt sich auch noch mit seinen Klausurherben!) Ferner teilte noch Müller mit, daß sie von der Firma nicht entlassen seien, sondern dieselbe ihnen bestätigt hat, daß sie freiwillig aufgehört haben. (Zu dieser „freiwilligen“ Arbeitsniederlegung haben wir zu bemerken, daß der Maschinenmeister Ruhland in Gegenwart des Obermaschinenmeisters D. bei Haafenstein & Bogler an dem fragwürdigen Tage der „freiwilligen“ Arbeitsniederlegung zu dem Geschäftsführer D. wirklich gesagt hat: Es ist eine Gemeinheit, in drei Tagen haben wir schon die Hälfte des Personals geliefert und in sechs Tagen hätten wir mindestens das ganze Personal geschafft!) Nachdem Köhler noch eine bandwurmartige Resolution der Versammlung zur Annahme empfohlen hatte, wurde Schluß der Rednerliste beantragt und erhielten nur noch zwei Redner für und zwei gegen dieselbe das Wort. Daß! und Schrader sprachen gegen die Resolution und forderte letzterer die Verammelten auf, alle dem Verbande beizutreten, da der Streikbruch des Gutenberg-Bundes aufs neue bewiesen sei. Hierauf entstand ein riesenhafter Lärm. Rufe: Klaus! Müller: „Bezahlen Sie erst Ihre Rente, die Sie haben.“ Schrader: „Hier ist mein Buß! Ich habe keine Rente, Sie Verleumder!“ Karl Burchardt: „Wer dem Verbande beitreten will, der mag sich bei dem Lumpen Massini in der Ritterstraße melden!“ (Zur Beruhigung des Herrn Burchardt wollen wir ihm mitteilen, daß dies bereits vielfach befolgt worden ist und noch weiter geschehen wird.) Schluß der Versammlung. Die Opponenten kamen nicht mehr zum Worte.

Aus obigen Ausführungen einzelner Redner geht in klaren Worten hervor, welche Stellung der Gutenberg-Bund bei Ausständen und Tarifkonflikten stets eingenommen hat und auch weiter einzunehmen gedenkt. Zu der Behauptung, daß bei Haafenstein & Bogler die Bündler ihre Mitglieder selbst zurückgezogen haben und daß sie auch keine aus Konditionen herausgezogen haben, sondern dieselben hätten freiwillig ihre innegehabten Plätze verlassen, um bei Haafenstein & Bogler anzufangen, müssen wir unseren Mitgliedern die Entscheidung darüber überlassen, was von beiden die niedrigere Art ist, seinen Kollegen in den Rücken zu fallen. Wenn der Vorstand der Bündler die tarifverweidenden Gehilfen aufgefordert hat, ihre Stellungen zu verlassen, so geschah dieses doch zweifellos nur aus dem Grunde, daß ihm die Trauben zu sauer geworden waren. Wenn der Direktor von Haafenstein & Bogler den Bündlern bestätigt hat, daß sie „freiwillig“ aufgehört haben, so war das von ihm ein Entgegenkommen, um seine von den Geschäftsführern den Bündlern gegenüber übernommenen Verpflichtungen besser lösen zu können. Das Eingangsamt hat dem Herrn Direktor strikte erklärt, so lange die tarifbrecherischen

Gehilfen in seinem Geschäft vorhanden sind, so lange bleibt der Tarifbruch bestehen! Das war deutlich. Ob von dem Herrn Direktor eine feinere Art der Entlassung vorgenommen worden ist, um dadurch den Blindern den Rückzug zu erleichtern, bleibt sich zur Sache ganz gleich. Daran muß kein Drehen und Winden; der Gutenbergs-Bund hat wieder einmal den Tarifbruch propagiert. Auf die Gemeinheiten des Herrn Illig einzugehen, erübrigt sich an dieser Stelle. Ein Mann, der so viel auf dem Kerbholze hat wie Herr Illig, der sollte etwas vorsichtiger mit seinen Worten sein. Unser Anstandsgefühl vermag es uns, ihn bei dem Namen zu nennen, den er eigentlich verdient. Die Berliner Kollegen kennen noch seine „Tätigkeit“ in der Ortskrankenkasse und wissen dieselbe einzuschätzen. Ueber Herrn Karl Burkhardt kann sich kein Mensch aufregen. Um seinen Charakter zu zeichnen, erwähnen wir nur, daß derselbe 1889 in Berlin ausgedrückt wurde, weil er sich vom Vorstande eine Unterfertigung erschwandelte durch Angabe eines Todesfalles in der eignen Familie. Es stellte sich später dies als Unwahrheit heraus und daß er den Vorstand grüßlich angelogen hatte. Wie sagte doch der alte Fritz nach der Schlacht bei Borndorf?! — Zum Schluß gehen wir noch ein auf die Erklärung des Maschinenmeisters Wannemacher in der Versammlung, er habe kein Hilfspersonal aus Arbeitsstätten herausgerissen und der Firma Haafenstein & Vogler zugeführt, sondern es wären nur arbeitslose Arbeiterinnen. Vielleicht beantwortet Herr Wannemacher die Frage: Wer hat die Hilfsarbeiterinnen M. und Sch. aus ihrem langjährigen Arbeitsverhältnisse bei Klemm gerissen und zu der Firma gebracht?

Zur Reorganisation in Bayern.

Nachdem die Würfel gefallen sind und von mehreren Mitgliedern der Antrag auf Bezirkseinteilung beim bayerischen Gau gestellt wurde, wird es wohl einem Provinzialer gestattet sein, für den gestellten Antrag Propaganda zu machen und in Kürze den Versuch zu unternehmen, das „Schreckgespenst“, benamsetzt Bezirkseinteilung, seiner Schrecklichkeit zu entkleiden und es als das darzustellen, was es ist und auch für unser liebes Bayernland sein wird: ein neues Bollwerk des Verbandes, wo beide Teile, Anhänger und Gegner desselben, veröhnt die Hände sich reichen und zu Zug und Frommen der Kollegen vereint gegen die Feinde kämpfen. Es darf uns schon aus dem Grunde gestattet sein, den Kollegen das Wesen einer Bezirkseinteilung vor Augen zu führen, als in Nr. 23 Kollege V. es versucht hat, eine Gegenstimmung zu erwecken.

Da V. mehrere Sätze aus verschiedenen „Corr.“-Artikeln herausnimmt und sie da verwendet, wo es ihm beliebt, so werden wir versuchen, dieselben richtig zu stellen. Vor allem müssen wir bemerken, daß V. uns für seine Behauptung den Beweis schuldig geblieben ist, daß eine Bezirkseinteilung in Bayern unmöglich sei, ja er tritt sogar schon den Rückzug an und sagt, für Agitationsbezirke könne er sich eher erwärmen. Also auch V. befähigt damit, daß es so wie bisher in Bayern nicht weiter gehen kann, es muß anders werden. Daß es anders werden muß, ist also anerkannt im Wort München und im Gau Bayern (diese Worte sind sehr treffend vor einem Jahre von einem Würzburger Kollegen anlässlich der Zusammenkunft der Sängler aus Nürnberg und Würzburg gesprochen worden), die einzige Abhilfe gibt es nur in der Bezirkseinteilung. Haben wir in Bayern eine Bezirkseinteilung, dann scheidet wir nicht bloß Meteore nach all den Städten, die wir in den letzten großen Tarifbewegungen verloren haben, sondern wir machen es ganz anders.

V. stellt sich eine Agitationsreise à la Frits Barnum vor, wo jeder gute Bayer sich das Bundeblatt, genannt Gauvorleser, anfaunt. Nein, das hätte keinen Wert. Jeder Bezirk besteht aus einem Vororte mit mehr oder weniger Druckorten, die ihm zugeteilt sind — also wohl-gemerkt nur zugeteilt, sie sollen nicht annerkiet werden, wie V. in schändlicher Weise von einem Auffresser Frits durch Nürnberg spricht. Jede Mitgliedschaft (sofern noch keine besteht, richtet der Bezirksvorstand sein Augenmerk auf Gründung einer solchen) befähigt ihre individuelle Freiheit. Der Bezirksvorstand unternimmt Agitationsreisen, hält Bezirksversammlungen unter Zuziehung von Nichtmitgliedern usw. ab, damit aber die ganze Sache nicht ausgeht wie das Hornberger Schiefen, befähigt der Bezirksvorstand fortwährend Fühlung mit den zu bearbeitenden Druckorten, unterstützt die Kollegenschaft mit Rat und Tat, sorgt für Einführung der bundesmäßigen Bestimmungen, führt ein Einschreiten des Fabrikinspektors oder der Handwerkskammer herbei (betrifft Lehrlingszahl), macht ferner auf das Formular des Tarif-Mutes betrefis Vergabung von Druckfachen der städtischen sowie sonstigen dortigen Vorkalbehörden aufmerksam, führt das „Corr.“-Obligatorium ein usw. Das alles erfordert die Kraft einer ganzen Anzahl von Kollegen; auch für den Gauvorstand wäre noch reichlich Arbeit vorhanden. Denn wie die politischen Parteien fortwährend agitieren und fremde Redner an anderen Orten sprechen, genau so meinen wir es, als wir in Nr. 11 sagten, daß in Nürnberg keine Allgemeine Versammlung abgehalten werden konnte, da München keinen Gaubeamten absenden konnte. V. sagt, daß wir zuerst betonen, „in Nürnberg kann, weil München keinen Redner abschickt, eine Versammlung nicht abgehalten werden, einige Zeilen weiter aber sagen wir: Mün-

berg, Ansbach usw. hätten genug tüchtige Redner.“ Wir schämen an unsre Brust und gestehen, daß wir dieses wirklich behauptet haben und noch behaupten.

Dem Kollegen V. ist doch auch bekannt, daß der Prophet im eignen Lande nichts gibt, hätte also ein Nürnberg-Kollege in der Allgemeinen Versammlung referiert, so wäre der Besuch derselben von seiten der Mitglieder wie Nichtmitglieber nicht so stark gewesen, als wenn ein auswärtiger — in diesem Falle ein Münchener — Kollege das Referat gehalten hätte (genau so ist es auch anderswo) und nur dann wäre der Zweck einer Allgemeinen Versammlung erreicht gewesen, auch die Mitglieder hätten befriedigt die Versammlung verlassen. Haben sie doch manches mit nach Hause genommen, das das Verbandsleben neu belebte und stärkte. München leistet sich ja auch manchmal das Vergnügen, Meteore von auswärts kommen zu lassen. Wenn ein fremder Redner mehr Eindruck erweckt in größeren Mitgliedschaften — des öfters ist ja im „Corr.“ zu lesen: Mitgliedschaft X. hat den Meteor Döblin oder Reghäuser erjagt, einen Vortrag zu halten —, wie viel Ärger muß es sein in kleinen Druckorten mit einigen Verbands- und vielen Nichtverbandskollegen? Man muß selbst Bezirksversammlungen mitgemacht haben, wie da das Solidaritätsgefühl, das Gefühl zur großen Buchdruckerfamilie wieder aufsteht, wie die Kollegen bewahrt bleiben, aus Verbandsmitgliebern keine Rassenmitglieber zu werden. Oder ist das nicht der Fall? Wenn nein, dann Kollege V. beantragen Sie auf der nächsten Generalversammlung Verbot der Bezirke im ganzen übrigen Deutschland! Wenn V. als erschwernend anführt, bei einer Bezirkseinteilung hätte der Gauvorstand noch mehr Arbeit, so genügt wohl der Hinweis, daß sich jetzt mit etwa 120 Orten monatlich abgerechnet werden muß, während bei einer Bezirkseinteilung mit vielleicht einem Drittel und zudem noch vierteljährlich, um die Behauptung als grundlos zu bezeichnen. V. sagt, daß es Reibereien geben würde mit dem, was sich unter die „Herrschaft“ der Vororte beugen müßte. Mit solchen Ungerechtigkeiten läßt sich gar nicht ernsthaft diskutieren.

Durch ganz genaue Kenntnis der internen Verhältnisse des Bezirks ist der Bezirksvorstand in jeder Hinsicht befähigt, das zu tun, was für den betreffenden Bezirk von Nutzen ist, er vermeidet das Schablonenhafte, denn nur zu oft bezweckt das vom grünen Tisch Verordnete gerade das Gegenteil von dem, was man will. Der Bezirksvorstand aber steht mitten drin, er fühlt jogauchen an eignen Leibe, was im Bezirke fehlt, er kann durch Flugblätter usw. sehr viel beitragen, daß auch auf dem platten Lande die immer größer werdenden Schäden unsers Gewerbes bekannt werden; er kann die Eltern warnen, ihre Söhne die schwarze Kunst erlernen zu lassen, denn gerade die ländliche Bevölkerung ist es, die da glaubt, in Löhnen von 12 Mk. ihr höchstes Ziel erreicht zu haben und nur sie ist es, die den Nachwuchs für die kleinen Quetschen auf dem Lande liefert, wo man außer dem Sehen und Drucken auch hier und da noch Viehzucht verleben muß.

Bis jetzt ist in puncto Agitation in Bayern nichts, absolut nichts geleistet worden. Sind doch im Jahre 1902 laut Gaubericht ganze 27 Mk. für Agitation ausgegeben worden. Wir sind nun aber die letzten, die dem Gauvorstande die Schuld an diesem unhaltbaren Zustande bemessen. Der Gauvorstand hat eben keine Zeit und damit kommen wir nun zu dem Gauzitulare betrefis Anstellung eines dritten Beamten.

Die Münchener Mitgliedschaft hat in zwei Versammlungen beschlossen, beim Gauvortage die Anstellung eines dritten Beamten zu beantragen. Dies zu tun ist ihr gutes Recht, aber auch unser gutes Recht ist es, die Anstellung nicht zu befürworten, sondern die Provinz hat Ursache, sich in ganz scharfer Weise dagegen zu erklären, zudem wir nachstehend den Beweis dafür erbringen, daß die Provinz unter keinen Umständen dies tun kann.

V. rechnet uns alle Arbeit auf, die die Beamten und Hilfsbeamten zu tun haben, er führt uns vor Augen, wenn andere Kollegen sich der Erholung hingeben können, müssen die Gaubeamten arbeiten und nochmals arbeiten, Ueberstunden machen usw. Dies ist aber auch das einzige an dem Artikel, was wir bejahen müssen und was in Wirklichkeit so ist. Doch halt! fragt mancher Kollege, der auch schon in anderen Gauen war, aus was besteht die Arbeit? Das zu erzählen, hat V. vergessen. Wir helfen ihm auf die Strümpfe. Die Beamten des Gaus machen ihre Ueberstunden nicht für den Gau, sondern diese Geist und Körper aufreibende Ueberanstrengung machen sie als Münchener Ortsbeamte. V. hätte ausrufen müssen: „Weg mit diesem Systeme, weg mit dieser unnatürlichen Zwittrstellung!“ Für den Posten eines Münchener Ortsstättierers, eines Arbeitsnachweisverwalters für Buchdrucker und Hilfsarbeiter, für die Ortskrankenkasse usw. (lauter lokale Klassen, die den Gau nichts angehen) soll die Mitgliedschaft München gleich den Augsburgburger, Regensburger, Würzburger usw. Mitgliedschaften ihre eignen Beamten anstellen und selbst bezahlen, statt sich auf Kosten des Gaus die Arbeit leisten zu lassen, V. fordert aber und mit ihm zwei Münchener Versammlungen die Anstellung eines dritten Beamten. Also der erste Gauvorsteher, welcher bis zum 1. April 1904 nur Gauvorsteher ist, hat bis jetzt keine Zeit, nach dem 1. April soll er den Posten eines Münchener Ortsvorstandes mit übernehmen und dann hat er Zeit zur Agitation. Das glaubt wohl niemand! Nur München hat seine guten Gründe, diesen Zustand weiter künstlich zu konservieren. Der Gau soll also den Münchenern die Kosten bezahlen

für ihre Beamten und ihr Bureau. Die Bureaukosten des bayerischen Gauvorstandes sind in der nämlichen Höhe wie die des Zentralvorstandes! Der Gau zahlt drei Fünftel zu diesen Kosten und die Mitgliedschaft München zwei Fünftel; in diesem Bureau üben der Gauassessor und sein Hilfspersonal ihre ganze Tätigkeit aus als Münchener Ortsstättierer, Reisekasseverwalter, Arbeitsnachweisverwalter usw. Das sind also lauter rein örtliche Angelegenheiten, die den übrigen Gau nicht interessieren, aber bezahlen muß er dazu. In Nr. 22 veröffentlicht der Saalegau seine IV. Quartalsabrechnung, wir finden da 110,60 Mark für Agitation, Bureauumiete 30 Mk. In Nr. 25 ist die Quartalsabrechnung für den Gau Bayern enthalten: 270 Mk. Bureauumiete, für Agitation ist nichts enthalten. Der Gau zahlt bis jetzt drei Fünftel, München zwei Fünftel, geleistet wird für den Gau etwa ein Sechstel, für München fünf Sechstel. Einen treffenderen Grund für die glatte Ablehnung dieses Münchener Antrages hätte wohl der schlimmste Gegner nicht erbringen können und die Provinzdelegierten werden sich das wohl merken. Das soll und muß anders werden! Der Gau bezahlt seine Beamten und die Münchener die ihrigen. München ist eine aufstrebende Druckstadt und es tut ihr sehr sehr not, einen besoldeten Vorsteher und Kassierer zu besitzen. Dem Gau tut es aber nicht minder not, daß er Beamte hat, die ihre ganze Kraft demselben zur Verfügung stellen. Darum fordern wir ganz entschieden die Trennung der Geschäfte vom Gau und Ort. Wo sich der Sitz des Gaus befindet, ist auch nicht so gleichgültig und zwar wegen der Kosten. Nürnberg liegt insofern günstiger als München, da es fast in der Mitte des Gaus liegt. Auch haben Gaubeamte wenig mit Tarifbehörden, wie Prinzipalvorsprechenden, Kreis-Verwaltungen zu verkehren, da der Zentralvorstand immer eine scharfe Trennung von Verbandsbeamten und Tarifbeamten vorsieht. Den Gehilfenvertreter können wir ja ruhig in München belassen, aber der Verlegung des Gaus müssen wir der Kosten halber schon das Wort reden. Wenn V. sagt, daß es in München Schnellzüge und Telephone gibt, so können wir ihm rathen, daß man auch anderswo mit der Errichtung dieser Hengende beginnt.

Mit der Annahme des Antrages auf Gauzitverlegung könnte dem ganzen Gau nicht besser gebient werden. Agitieren wir, bis der letzte Nichtvorsteher — soweit er aufnahmefähig ist und deren haben wir eine große Anzahl, dies behaupten wir im Gegensaße zu V. — verschwunden ist und der Tarif im ganzen Gau durchgeführt, aber nicht bloß durch eine 5 Pf.-Karte anerkannt ist. Zeige sich auch jeder einzelne als treues Verbandsmitglied und arbeite der Agitation durch Gau- und Bezirksvorstand voraus, dann bleibt der Lohn nicht aus und wir erzielen wieder eine Gesellschaft von Kämpfern, auf welche die Veteranen von 1873 und 1891 mit Stolz blicken können. Und nun glauben auch wir, daß gestellte Thema eingehend erläutert zu haben und hoffen, daß die Provinzkollegen ihren Delegierten den Auftrag geben, die Münchener Anträge abzulehnen und für die Trennung von Gau- und Ortsvorstand, wie für Bezirkseinteilung zu stimmen.

Nürnberg.

W. K.

Offener Brief

an die Redaktion des „Volksblattes“ für Halle usw.

Berehrte Redaktion!

Das überaus „freundschaftliche Wohlwollen“, das Sie dem Verbands der Deutschen Buchdrucker im allgemeinen und im besondern diesem Ortsvereine Halle entgegen bringen, hat Sie zu einem losen Streiche verleitet, der ein merkwürdiges Licht wirft auf das von Ihnen gepredigte pathetische Wort von der Brüderlichkeit, der Gleichheit und der Gerechtigkeit. Wir erlauben uns, diese Kritik auszusprechen mit demselben Freimuth, mit dem Sie, verehrte Redaktion, die Organisation ohne rechtliche Ursache anempfehlen. Sie nehmen wegen einer unverfänglichen, aber doch den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bemerkung in dem Feuilleton des „Corr.“ über das Jubiläum des Gesangsvereins Gutenberg, wo es heißt:

„Daß des Lebens ungemischte Freude keinem Frischen zu teil wird, können auch die Hallenser Kollegen mit ihren Erfahrungen bezeugen; die Differenzen mit der Volksblattredaktion nehmen unter den vielen und mannigfaltig sonstigen gewiß nicht die letzte Stelle ein.“

Beranlassung, das Organ des arbeitenden Volkes mit einem Pamphlet zu würzen, dessen Wirkung Sie in kurz-sichtiger Weise nicht übersehen konnten. Sie schreiben an den betr. Passus antwortend:

„Man will nach außen hin den Schein erwecken, daß die Volksblattredaktion in Halle in bezug auf Arbeitszeit, Arbeitslöhne usw. unter allen halleischen Druckereien die größten Mißstände aufweist. Eine solche Behauptung ist einfach empörend und schlägt allen über die Verhältnisse in der Volksblattredaktion gemachten Feststellungen logischerweise ins Gesicht.“

Wahrlich, verehrte Redaktion, Sie verstehen es ausgezeichnet, sich Anklage und Verteidigung so zurecht zu konstruieren, wie es in Ihren Kram paßt. O Mächtiavelli, was bist du für ein Stümper! So muß es also gemacht werden. „Wir (so schreiben Sie) fühlen nicht den Beruf, die Arbeiter aufeinander zu beugen“, aber in der nächsten Zeile schon werden ihre guten Vorsätze über den Haufen gewandt und die Scharfmacherei gegen die Buchdrucker wird mit ungeschwächten Kräften weiter geführt.

Ferner wollen Sie, verehrte Redaktion, unserm Erkennungsvermögen nachhelfen betr. etwaiger Mißstände in anderen Druckereien. So gern wir jede Mitarbeit, mag sie kommen von irgend welcher Seite, dankbar annehmen werden, so müssen wir doch diese von Ihnen ganz energisch ablehnen. Ja geradezu gefährlich wird Ihre angetragene Mitarbeit in dem Augenblicke, wo Sie sich, verehrte Redaktion, zur Verteilung der Unternehmensinteressen (in diesem Falle für die Genossenschaftsdruckerei) in Zeug legen. Haben Sie bei den verschiedenen Streitigkeiten mit der genannten Druckerei auf Seiten der Arbeiter gestanden? Sind Sie bei der Affäre am 1. Mai 1896, wo die Kollegen ihr tarifliches Recht entzogen mußten, auf der Seite der Bedrückten gewesen? Nein, im Gegenteil; Sie haben mit Keulen geschlagen und Ihr Wort wird unvergänglich bleiben: „Ihr hattet wohl Recht, aber Ihr durftet keins bekommen!“ Wie war es bei der Kündigung des Kollegen Pfeiffer? Da schrien auch Sie Pörsel. Wie war es bei der Behandlung unserer Versammlungsberichte? Das ist ja geradezu hohnsprechend! Seit wann ist es in einer Redaktion eines Arbeiterblattes Sitte, daß Versammlungsberichte der Arbeiter dem Unternehmer zur Kenntnis vorgelegt werden, damit auch diese Herren ihren Senf gleich dahinter abladen können? Sie treiben ein loses Spiel, verehrte Redaktion!

Über geradezu beleidigend werden Sie mit Ihrem Hinweis, daß die organisierten Buchdrucker in anderen Druckereien ihre gewerkschaftlichen Aufgaben nicht erfüllen. Wie kommen Sie dazu, uns Vorschriften zu machen, wie wir unsern gewerkschaftlichen Kampf führen? Arme Redaktion! Sie könnten da noch lernen von uns. Der gewerkschaftliche Kampf wird nicht wie der politische hinterm Reaktionsstische oder durch den Stimmzettel geführt, sondern durch die fortgesetzte Betätigung und das Eintreten der ganzen Persönlichkeit. So haben wir auch hier gearbeitet und Sie, verehrte Redaktion, sollen uns erst mal eine Pflichtverletzung nachweisen. Wir brauchen uns von Ihnen unser gewerkschaftliches Gewissen nicht schärfen zu lassen.

Weiter führen Sie in Ihrem Pamphlet betreffs der Mißstände in anderen Druckereien aus, daß ein 26 Jahre in der „Saale-Zeitung“ beschäftigter Setzer deswegen entlassen wäre, weil, wie es indem ihm überreichten Schriftstücke heißt: „seine Kräfte nachgelassen“ hätten. „Wo blieb da der Protest der Buchdrucker gegen eine solche rücksichtslose Unternehmerwillkür?“ Haben Sie, verehrte Redaktion, das Schriftstück gesehen? Haben Sie, verehrte Redaktion, den entlassenen, schon 26 Jahre dort beschäftigten Setzer an Ihr brüderliches Menschenherz gedrückt? Sie müssen, seien Sie wenigstens hier ehrlich, sagen: Nein! Sie haben etwas läuten hören und eins, zwei, drei wird der staunenden Welt eine Geschichte aufgetischt nach dem Rezept: Etwas bleibt doch hängen!

Nun einmal die Freizeite. Wie steht es mit den Entlassungen in der Genossenschaftsdruckerei? Sollte Ihnen, verehrte Redaktion, gänzlich unbekannt sein, weswegen die Kollegen Dröing (ein sehr eifriger, armer Parteigenosse in Gisleben) und Wachsmuth (ber längere Zeit in der Genossenschaftsdruckerei konditioniert) entlassen wurden? Sollte Ihnen gänzlich unbekannt sein, daß man dem Kollegen Nagel bei der Einföhrung des gewissen Geldes bare 18 Mk. anbot wegen seiner nachgelassenen Kraft und erst durch Protest der Kollegen mit vieler Mühe erreicht wurde, daß er berechnen konnte, um ja nicht unwürdigerweise einige Mark mehr zahlen zu müssen? Wo blieb da Ihr Protest gegen solche rücksichtslose Unternehmerpraktiken? Wie kam die Entlassung des Kollegen Pfeiffer zustande und die Einstellung des Klingz? Die Sache ist für jeden, der denken will, zu unsern Gunsten entschieden, wenn auch das Recht, wie so oft in der Welt, nicht zum Durchbruch kommen konnte.

Doch genug für heute. Ihr Angriff war der rohe Ausdruck des Hasses und von solchen Gefühlsstörungen sollten Sie sich nicht leiten lassen. Vor allem verbitten wir uns jede Einmischung in unsere gewerkschaftliche Arbeit! Sie wird uns schon durch die Verhältnisse und Vorkommnisse in der Genossenschaftsdruckerei erschwert; es bedarf also Ihrer Mitwirkung gar nicht. Hätten Sie nur halb so viel Empfinden für die Arbeiter der Halle'schen Genossenschaftsdruckerei, wie Sie es für deren leitende Männer mit Unternehmerrastriren haben, würden solche geschehen und herumlungelnden Aufsätze Ihrer Feder nicht entweichen.

Ihnen die Versicherung gebend, daß die organisierten Buchdrucker ihr Interesse außer den anderen Druckereien auch weiter der Volksblattdruckerei zuwenden werden, zeichnet mit Hochachtung
Der Vorstand des Bezirksvereins Halle a. S.

Korrespondenzen.

Mo. Berlin. Vereinsversammlung vom 24. Februar. Auf der Tagesordnung stand die Fortsetzung der Diskussion über die vor kommenden Tarif-Ausgleichsfragen gestellten Anträge. Kollege Engel als erster Diskussionsredner hätte gewünscht, daß die Anträge des Gewerkschaftsverbandes (abgedruckt in Nr. 22 des „Corr.“) auch die Ueberstundenfrage in Betracht gezogen hätten. Mit der empfohlenen einfachen Verweigerung derselben sei nichts zu erreichen, da die komplizierte Gestaltung des einzelnen Arbeitsverhältnisses hierbei in Frage zu ziehen sei. Vielleicht sei die Verteuerung der Ueberstunden ein empfehlenswertes Mittel zur Beseitigung derselben und sym-

patifizierte Redner mit den seitens des Berliner Maschinenmeistervereins gestellten Anträgen (abgedruckt in Nr. 23 des „Corr.“). Die Regelung der Lehrlingszahl werde am zweckmäßigsten durch Verordnung des Bundesrates erfolgen können, weil eine beruflich-tarifliche immer nur diejenigen Prinzipale treffen würde, welche sowieso sich die beruflichen Geheje zu eigen gemacht hätten; die Brutstätten des Uebels würden dadurch nicht getroffen. Es sei zu bedauern, daß sich bei dieser Regelung eines Teiles der tarifstreuen Gehilfenschaft das Bestreben unserer Zentralleitung bemerkbar mache, durch eine Abschredungsmethode die Kollegen von einem tatkräftigen Mitarbeiten von Ausbau unserer Tarifgemeinschaft abzuhalten. Die Regelung der Arbeitsvermittlung für Deutschland sei das wesentlichste Moment für die Zukunftarbeit des Verbandes, denn so lange wir mit der Tatsache zu rechnen hätten, daß bei jeder Regelung eines Personales seitens der Geschäftsleitungen auf die zahllos vorgemerkten freiwilligen Arbeitsangebote hingewiesen werden kann, so lange dürfte auch jede Bemühung in dieser Hinsicht ziemlich fruchtlos bleiben. Es müßte die diesmalige Ausschussprüfung unter allen Umständen etwas schaffen, was die Uebelstände innerhalb unsers Berufes beseitigen helfe, wenn nicht die Zweckmäßigkeit des Aufbaues unsers Tarifvertrages überhaupt in Frage gestellt werden sollte. Kollege Stückel hielt die Streichung des Kaufschulparagrafen, welcher nach zweijähriger Lehrzeit eines Lehrlings die Einstellung eines neuen gestatte, für äußerst zweckmäßig und erhoffte auch dadurch eine Verminderung der Lehrlingszahl. Was nun die immer größer werdende Ausbreitung der Sechsmaschinen betreffe, der durch die stetig fortschreitende Entwicklung der Technik überhaupt keine Grenzen gezogen sein dürften, so müßten wir, um uns den nun einmal gegebenen Verhältnissen anzupassen und dadurch einen bessern Einfluß auf die künftige Gestaltung des Arbeitsverhältnisses für unsere Berufsangehörigen zu gewinnen, z. B. dazu verstehen, einzelne der fast täglich angemeldeten Patente für Verbesserungen der Sechsmaschinen anzukaufen. Im übrigen sei auch eine Reform der Verbandsstatuten am Plage, weil diese noch Bestimmungen enthielten, welche von allerdingfügigsten Einflüssen auf die ganze Art der jetzigen Arbeitsvermittlung seien; es müßte der Grundsatz aufgestellt werden, daß nicht derjenige, welcher am Orte am längsten arbeitslos ist, als erster auf den zuständigen Nachweiser vorgemerkt werde, sondern derjenige eventuelle Zureisende, der solches noch länger sei. Auch die Bestimmung müßte fallen, daß der Reisende bei dem jeweiligen Gewerkschaftsanfragen müsse, ob die Zureise angängig sei. Also erst einmal die Reform in der Verbandsstatute und dann den Ausbau der Nachweise. Kollege Gieseler drückte sein Verlangen darüber aus, daß mit ihm vor Einleitung dieser Aktion zur Stellung von Anträgen zur Ausschussprüfung nicht Rücksprache genommen worden ist. Er hätte dann sogleich erklären können, daß solche in der vorliegenden Form nicht annehmbar seien; er stellte den Antrag: Diese Anträge den Gehilfenvertretern zur Vorberatung vor der Ausschussprüfung unter Mitwirkung der Antragsteller zu überweisen, um das Ergebnis derselben dann im gewollten Sinne zu verwenden zu können. Kollege Wonsky war der Ansicht, daß, wenn man hier von einer Seite jetzt schon die Ansicht vertrete, daß alle Anträge zuweilen seien, jede gewollte Verbesserung am Ausbau der Tariforganisation nicht durchführbar, so müsse man sich doch fragen, was denn eigentlich der Begriff Parität in unserm Vertrage bedeuten solle und ebenso, wo bei unseren Prinzipalen denn ihr sogenanntes ausgeglichenes soziales Verständnis zu finden sei. Hervorzuheben sei, daß solche Ausführungen von Seiten unserer Vertreter jetzt schon gemacht würden! Was nun die vom Kollegen Schliebs erhoffte Regelung der Lehrlingsfrage durch den Bundesrat anbetreffe, so müsse man sich den eventuellen Verlauf dieser gesetzlichen Maßnahmen vor Augen halten. Es würden vom Tarif-Ante entsprechende Anträge beim Bundesrate eingereicht und für ein Jahr sei alles still. Dann werde das Gesetz um Neuherstellung seitens der Behörde erneuert; nach Verlauf wieder entsprechender Zeit werde der Stand als in der Erwägung begriffen mitgeteilt. Nachdem die Erwägungen dann ihre Zeit gebauert, würden Erhebungen veranstaltet — und somit sei der Stand gegeben, den die gesetzliche Regelung der Lehrlingsfrage unsers Berufes zurzeit erreicht habe. Diese Erhebungen nun würden von den Gabelstammern vorgenommen, von welchen u. a. das stielbide Bekenntnis zu verzeichnen sei, daß z. B. bei drei Gehilfen sieben Lehrlinge zu züchten ganz normal sei (Berlin). Also, wenn hier einmal wirklich etwas geschaffen werde, so würde es so sein, daß wir uns dafür bedanken, d. h. wenn es uns vergönnt sei, bis zu diesem Zeitpunkt noch am Leben zu sein! Auf diese Weise würden wir also nur die Zeit verzetteln und unsern Beruf auf einen wirtschaftlichen Tiefstand gelangen lassen, von dem es dann kein Entkommen mehr geben dürfte. Wir müßten also die Sache energisch in die Hand nehmen und das einfach durchzuführen suchen, zu was wir ein Recht hätten. Redner wies auf die Artikelfolge des Kollegen Neghäuser im „Corr.“ nach der letzten Tarifrevision hin, worin derselbe den erneuerten Vertrag als einen geschaffenen Höhebau hinstellte, an dessen Ausbau es nun geben müsse. Darunter sei auch die Regelung der Lehrlingsfrage zu verstehen, von der die Organisation alle Ursache habe, sie auf der Tagesordnung zu erhalten (Zitat aus Nr. 41). Es könne solche Meinungäußerung doch nur so zu verstehen sein, daß vor Ablauf der jetzigen Tarifperiode zu gegebener Zeit, also bei den Ausschuss-

prüfungen, entsprechende Maßnahmen getroffen würden. Daß der Segen des Staffeltarifes uns nun so übermannen haben solle, daß wir überhaupt nicht mehr säßen, wohin die Fahrt für uns gehe, das solle man denn doch nicht annehmen. Die Ereignisse der verfloffenen Zeit, wo man in raffiniertester Weise seitens der Prinzipalität die Tarifbestimmungen ausnützte, wo man an allen Ecken und Enden den Gehilfen am Verdienste abzuzucken suchte und zwar leiber mit Erfolg, sie hätten uns gewarnt und es sei an der Zeit, einmal etwas zu fordern, wozu wir ein Recht hätten. Warum sollten wir denn bitten? Wer sei denn der Träger des Tarifes? Doch nur die Verbandsgesellschaft. Bedauerlich sei, daß der Zentralvorstand jede Regelung in dieser Hinsicht zu unterdrücken suche, anstatt sie zu fördern oder sie überhaupt in die Wege zu leiten. Eine solche Taktik sei unverständlich und wahrlich nicht angetan, wirkliche Tarifikämpfer zu erziehen. (Lebhafter Beifall.) Kollege Wachs trat den Ueberschneidungen Gieseler gegenüber, welcher die Anträge für unannehmbar halte. Wir hätten uns nur in dem Rahmen bei Stellung derselben gehalten, welcher einen materiellen Erfolg sichere; es würden diejenigen in ihrer Form eine bessere Wirkung haben wie Gesinde. Da nun auch Kollege Schliebs anerkannt habe, daß eine Regelung der Lehrlingskala notwendig sei, so dürften sich wohl Mittel und Wege finden, solches in die Praxis umzusetzen. Wir müßten eben erwarten, daß die Tarifsituationen bzw. Körperchaften, welche den Ausgleich der Mißverhältnisse innerhalb unsers Berufes wahrnehmen sollten, solches auch tun würden, um den in sie gesetzten Hoffnungen gerecht zu werden. Kollege Prætor behandelte im besondern die Neuherstellung zu den seitens der Maschinenmeister gestellten Anträgen. Wenn empfohlen werde, die Ueberstundenfrage damit zu lösen, daß man die Ueberstunden verweigern solle, so stehe dem doch die Tatsache gegenüber, daß der Kollege, welcher solches strikte innehalten würde, überall entlassen werde. Hier müßten generelle Maßnahmen getroffen werden, welche das Uebel an der Wurzel träfen und ersichtete dies durch die von den Spezialkollegen gestellten Anträge möglich. Wenn nun einmal die Tatsache zu verzeichnen sei, daß sich die Lehrlingszahl bei den Druckern nach der Tarifrevision 1896 stetig vermehrt habe, dann sei es doch wahrlich hohe Zeit, daß man hier von Verbandsseite energische Schritte dagegen tue und nicht, wie es geschehen sei, von Seiten der eignen Kollegen gebremst würde; es sollten diese doch alles daran setzen, das ihnen in die Hand gegebene Amt so auszunützen, daß für die Kollegenchaft unter allen Umständen etwas herausbringe. Die gestellten Anträge seien durchaus legal und wären sozusagen aus der gegebenen Situation heraus geboren. Redner wies gleichfalls auf die Artikelserie Neghäusers im „Corr.“ hin, welcher diese Frage in solchem Sinne behandle, daß das jetzige Vorgehen der Berliner Kollegenchaft als die Uebersetzung der damals gemachten Anregungen in die Praxis angesehen werden könne. Kollege Faber schilderte die Situation bei der letztmaligen Tarifrevision nochmals und wandte sich im besondern gegen die Bemerkung des Kollegen Schliebs als Protokollführer der damaligen Beratungen, daß sich der Ausschuss damals über die Tragweite des § 36 (616 B. G.-B.) nicht ganz klar gewesen sei und besonders weitergehende Forderungen nicht gestellt seien. Troßdem die Diskussion über diesen Paragraphen im Protokolle mit nur drei Zeilen abgefunden sei, so konstatierte er, daß seitens der Gehilfenvertreter eine entschiedene weite Anwendbarkeit desselben in längeren Ausführungen zum Ausdruck gebracht worden sei und Redner das, was er in der Zirkusversammlung über diesen Punkt gesprochen, als zu Recht bestehend angenommen habe und heute noch annehme. Kollege Bartsch begründete seine umfangreichen Anträge zur Ausschussprüfung. Diese formulierten Anträge wurden dem Gehilfenvertreter als Material überwiehen. Kollege Engel hoffte, daß unsere Vertreter die Anträge so vertreten würden, daß die Gehilfenschaft nicht als im Gewährung betend der Prinzipalität entgegengetre, sondern als fordernde gleichwertige Tarifkontrahenten. Kollege Schliebs erklärte nochmals, daß es ein Irrtum sei, wenn die Kollegenchaft annehme, bei einer solchen Sitzung Anträge auf Abänderung des Tarifes stellen zu können. Der von Massini konstruierte Präzedenzfall sei gar kein solcher, weil damals (1901) die neugeschaffene Institution der Kreis-Memter in Wirksamkeit getreten wäre und zwar mit dem Erfolge, daß die Prinzipalität der Kreise I und VI sich gegen die von jenen gefassten Beschlüsse wandte, weil die Festsetzung der Lokalzuschläge in ungedeuter Weise vorgenommen worden sei. Der Tarif-Ausschuss habe diese Beschlüsse dann revidieren müssen. Redner warnte die Berliner Kollegenchaft, sich über die fundamentalen Grundsätze unsers Berufsvertrages hinwegzusetzen und hielt die Regelung der Lehrlingsfrage auf gesetzlichem Wege am zweckmäßigsten, denn nur dadurch würden die Gehilfenfabriken des tariflichen Hinterlandes getroffen werden. Man möge nur etwas Geduld haben und nicht durch übereilte Beschlüsse unsere Tariffrage schädigen. Was den Nachweis anbetreffe, so könne er nur nach seinen persönlichen Erfahrungen in der ganzen Zeit seines Bestehens das aussprechen, daß ihn die Wiedergabe desselben an den Verband mit Freude erfüllt würde, das heißt wenn solches der Fall, lege das nicht an dieser gewiß sozial hochwertigen Institution, sondern an den Personen, mit denen gearbeitet werden muß. Redner ersuchte, unter Zurückziehung der gestellten Anträge, folgender Resolution zuzustimmen: „Die Mitglieder des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer“ fasten in ihrer Versamm-

lung vom 24. Februar den folgenden Beschluß: In Anbetracht der fortgesetzten großen Arbeitslosigkeit unter den Sehern und Maschinenmeistern, hervorgerufen bei den Sehern im besondern durch die immer mehr zur Einführung kommende Sechsmaschine, bei den Maschinenmeistern im wesentlichen durch eine den heutigen Verhältnissen in unserm Gewerbe nicht mehr angepaßte Lehrlingskala, wird an den Tarifausschuß das dringende Ersuchen gerichtet, einen Beschluß herbeizuführen, der ohne Veränderung des Tarifes eine nachhaltige Linderung der bestehenden großen Arbeitslosigkeit innerhalb der Vertragsdauer des Tarifes zur Folge hat. Den § 40 des Tarifes bitten wir dahin zu kommentieren, daß Maschinen-seher und Notationsmaschinenmeister sowie Zeitungsetzer bei Bemessung der Lehrlingszahl nicht in Berechnung kommen sollen. Betreffs der Arbeitsnachweise wird eine Abänderung der Geschäftsordnung gewünscht, die eine größere Verpflichtung auf die Benutzung der Arbeitsnachweise sowohl der tarifstreuen Prinzipalen als den tariftreuen Gehilfen auferlegt, also eine möglichst ausschließliche Vermittlung durch die Nachweise zur Folge habe. Im § 36 des Tarifes sollen unter staatlichen und kommunalen Pflichten zu verstehen sein: Teilnahme an Kontroll- versammlungen, Aushebungen und Musterungen; Anzei- gen beim Standesamte, Gefährdungen, Geburten, Todes- fälle und Beerbigungen in der eignen Familie; Vormund- schaftsachen; Feueröfthendienst auf Grund öffentlicher Verpflichtung; Teilnahme an öffentlichen Wahlen, nicht verschuldeten polizeiliche Vorladungen und Vernehmungen. Kollege Eißler wendete sich gegen die Aeußerungen verschiede- ner Redner, welche angetan sein könnten, die doch gewiß opfervolle Tätigkeit der Gehilfenvertreter herabzusetzen. Es hatten diese in reichstem Maße ihre Pflicht getan und werden es weiter tun, aber man sollte sich hüten, ungerech- fertigte Vorwürfe zu erheben. So lange die Interessen des Verbandes in solchen Händen lägen, könnten wir getrost dem Kommenden entgegensehen. — Im Schlußworte er- klärte Kollege Massini, daß es dem Vorstande bei Stellung dieser Urträge fern gelegen habe, etwa bestehende Ge- setze zu stützen, im Gegenteil, er wollte nur das eine erreichen, daß sich die deutsche Kollegenchaft über die prekäre Lage unsers Berufes und der Zukunft, der wir entgegengehen, klar werde, wenn nichts getan wird, und der Moment unbenutzt vorübergeht, wo sich solches mög- lich macht. Als damals die Sechsmaschine in immer größerem Kreise sich ausbreitete und die Zahl der ständig arbeitslos bleibenden Kollegen immer größer wurde, da wurde auf das Gefährliche dieser Tatsache von unsrer Seite hingewiesen; aber nichts regte sich in den Kreisen, welchen das Wohlergehen unsers Gemeinweins in die Hände gegeben ist. Die Warnung verhallte — und die Ergebnisse der Rechenschaftsberichte reden nunmehr ihre berebte Sprache. Das durfte nicht so weitergehen und es war die verbannte Pflicht der Berliner Kollegenchaft, jetzt den ersten Schritt zu tun, um eine Gelegenheit aus- zunutzen, welche auf tarifgesetzlichem Boden eine Ein- dämmung der Gefahr der ungeheuren Arbeitslosigkeit möglich machte. Alles was wir nun in unsern Urträgen festgelegt haben, ist das Minimum dessen, was wir ver- langen müssen, daß es zur Durchführung gelangt und es ist ja auch in solchem Sinne gehalten, daß es durch- geführt werden kann. Genau was im Jahre 1903 die Corr.-Redaktion in ihren Artikeln zum Ausdruck gebracht und als Arbeit der kommenden Ausschüßsitzungen bezeich- net hat, das haben wir in unseren Urträgen fixiert. Und daß jene Ausführungen von dem Grundgedanken getragen sind, daß dieser und kein anderer Weg beschritten werden muß, um die doch allseitig zu erkennenden Mißstände zu beseitigen, das bringt der Verfasser der Artikel, welcher als objektiver, nicht direkt beteiligter Beobachter den da- mals gepflogenen Verhandlungen folgen konnte. Die Lehrlingskala muß anders geregelt werden und die Arbeitsvermittlung ebenso! Wir dürfen nicht warten, bis uns das Wasser an dem Hals steht, sondern vorher Ausblick halten, wie uns die Verbesserung der Arbeits- verhältnisse möglich ist. Ohne jeden Rückhalt wird das Bemühen der beteiligten Kollegen Anerkennung finden, welche in den Tarifverhandlungen wirkten, aber es darf ein solches auch nicht erlahmen, sondern muß immer und immer wieder sich bemerkbar machen, um die Interessen der Gehilfenchaft zu fördern! (Lebhafter Beifall.) Die nunmehr vorgenommenen Abstimmungen über die ge- stehten Urträge, abgedruckt in No. 22 und 23 des „Corr.“, des Gauvorstandes und des Maschinenmeistervereins er- gaben die einstimmige Annahme derselben. Die seitens der Maschinenmeisterkollegen aufgestellte Lehrlings- skala wurde zugunsten der andern zurückgezogen. Da die vom Kollegen Schliebs beantragte Resolution gleich- sam ein Resümee jener Urträge bildeten, fand diese gleich- falls (gegen 4 Stimmen) Annahme. — Die Ergänzungswahlen für den Gehilfenausschuß des Bundes der Berliner Buchdruckereibesitzer (Znung) hatten als Resultat die Wahl der Kollegen Michaelis und Spittel (1855 Stimmen) als Mitglieder und als Ersatzmänner die der Kollegen Köckeritz und Spittel (1855 Stimmen); die Kandidaten der Gutenbergs-Bündler erhielten jeder 254 Stimmen. — In Personalveränderungen war zu melden der Austritt des Druckers Otto Bollmer und der Ausschuß des Sehers Heinrich Schunk nach § 5b des Statuts. Verstorben sind die Kollegen Drucker Alf. Zahoff, Seher Julius Rauch- haus und Prinzipal Leopold Fischer. Namentlich den letztern beiden wurden warme Worte der Anerkennung gewidmet für ihre erfolgreiche Tätigkeit im Vereinsleben; Rauchhaus war einer der Mitbegründer unsers Vereins.

-e. Bremen. Die Bezirksversammlung am 20. Fe- bruar gewann ein erhöhtes Interesse durch den Vortrag des Herrn Dr. med. Witte. Er sprach über „Die Be- deutung der Geschlechtskrankheiten für die Volksgesund- heit“. Hierauf Abrechnung vom vierten Quartale 1903. Dem Kassierer Dähn und dem Reisesafesverwalter Beh- rens wurde Decharge erteilt. Für die am 25. März stattfindende Gewerbegerichts Wahl wurde Kollege Volke wieder als Beisitzer aufgestellt. Als Revisor wurde Kollege Könnau gewählt.

H. Dresden. Vor Eintritt in die Tagesordnung der Gaumitgliederversammlung vom 18. Februar wurde des Todes der Kollegen Oskar Görner und Emil Bert- hold gedacht. Letzterer war bis zum Eintritte seiner dreiwöchigen Krankheit als Vorstandsmitglied tätig. Ehre ihrem Andenken! Der Vorsitzende Wendische gab hierauf einen längeren Bericht über die Tätigkeit des Dresdener Gewerkschaftsartells im Jahre 1903. Es sei daraus er- wähnt, daß sich die Mitgliederzahl verschiedener Gewerkschaften, z. B. der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Maurer, Zimmerer und Transportarbeiter (letzte durch eine Straßenbahnerbewegung) ganz beträchtlich erhöht hat. Im Anschlusse an die Dresdener Statistik hat das Kartell eine Arbeitslosenanzahl in der Umgebung Dresdens vor- genommen. Eine Kommission ist geschickt worden, welche den Gewerkschaftsmitgliedern zu billigen Preisen Gelegenheit zum Besuche von Ausstellungen, besseren Kon- zerten und Theatern zu bieten sucht. Ferner entfaltete das Kartell eine rege Agitation für die Bürgerrechts- erwerb. In der anschließenden Debatte wurde von einigen Rednern die Stellungnahme des Gewerkschafts- artells zur Meißner, die Art der Agitation für die Bürgerrechtserwerb, sowie der Beschluß, die Aufstellung nur politisch organisierter Gewerkschaftsmitglieder zu Ver- tretern der Stricktenklasse abfällig kritisiert. Hierauf gab Kollege Steinbrück einen Bericht über den gegen- wärtigen Stand der Arbeiterbewegung. Mit der Besprechung verschiedener Verbandsangelegenheiten (Beschäftigung von Wädchen an Sechsmaschinen, Herbergswesen usw.) schloß die Versammlung.

r. Hamburg. Der hiesige Verein hatte am 29. Fe- bruar in dankenswerter Weise unsern nordischen Land- manne, dem leider noch zu wenig beachteten Dichter Detlev von Siliencron einen Abend gewidmet, welcher den freundlichsten Eindruck bei allen Hörern hinterließ. Ein kunstvoll ausgeführtes Programm verkindete, daß die Herren Satow und Solt Silencronische Dichtungen rezitieren, die Herren Fuchs und Klée Lieder des Dich- ters singen resp. am Flügel begleiten würden. Die Sache nahm, wie schon oben angedeutet, einen guten Verlauf und verdienter Beifall wurde den genannten Herren zu teil.

Hamburg. (Generalversammlung des Maschinen- meistervereins am 13. Februar.) Nach Eröffnung der Versammlung verlas der Vorsitzende die tariflichen Normal- bestimmungen des Schweizer Maschinenmeisterverbandes und beschloß die Versammlung, diese in der nächsten Ver- sammlung durch zu beraten. Des weitern teilte der Vor- sitzende mit, daß in einer der nächsten Versammlungen ein Vortrag über Druck und Prägung an Tiegeldruck- pressen gehalten werden soll. Jahresbericht und Abrech- nung, welche gedruckt vorlagen, wurden nach kurzer Debatte genehmigt und dem Kassierer Decharge erteilt. Alsdann erfolgte die Neuwahl des Vorstandes und wurden ge- wählt: J. Mellmann, erster Vorsitzender, A. Hofstein, zweiter Vorsitzender, B. Baumann, Kassierer, H. Burmeister, Schriftführer. Da die Revisoren die Abrechnung vom Winterbergnügen mit den Belegen übereinstimmend er- klärt hatten, wurden dieselbe nach einigen Erklärungen des Kollegen R. Meyer von der Versammlung genehmigt.

Hannover. Die Versammlung des Maschinenmeister- vereins am 1. März beschäftigte sich mit den Urträgen des Berliner Maschinenmeistervereins zur Tarif-Ausschüß- sichtigung. Es wurde konstatiert, daß die Fassung der Ur- träge stellenweise eine unklare und schwer verständliche sei. So liest man in dem zweiten Absatz unverständlich: „Zwei Maschinen kleineren Formates bis zu einer Druck- fläche von 64 x 96 cm gelten als eine Maschine.“ Dieser Satz wird erst dann verständlich, wenn man ihn den ersten und dritten Absatz gegenüberstellt. Er will be- sagen, daß in kleineren Druckereien, welche insgesamt zwei Maschinen besitzen, der Drucker zwei Maschinen be- dienen darf, in Druckereien mit mehr Maschinen aber jeder Drucker nur eine Maschine. Der angeführte Satz ist unsers Erachtens nach durch den ersten Absatz auf- gehoben, also überflüssig. Die Leipziger Kollegen sind ja bereits auf diesen unglücklichen Passus hineingefallen und dreihen nun in einem dreiseitigen Quartärkulturre munter auf die Kollegen in der „Stadt der jungen heiligen In- telligenz“ los. (Da möchten wir denn doch die Leipziger Kollegen in Schutz nehmen, denn wenn der obige Kritikus selbst sagt, daß die Fassung der Berliner Urträge stellen- weise unklar und schwer verständlich, so kann doch nur von einem Bemühen der Leipziger Kollegen die Rede sein, diese Unklarheiten aufzulösen und die Berliner Urträge, wenn überhaupt möglich, diskutabel zu machen. Junge, Junge, du bist kein Alexander, die Berliner Urträge sind kein gordischer Knoten und die Leipziger Drucker keine Drescher. Red.) Die Versammlung erklärte sich nach längerer, ausgiebiger Debatte mit den Berliner Urträgen einverstanden, selbstverständlich nach Abänderung ober Streichung des ominösen Satzes. — Auf die Erwiderung des Herrn Kühnast in Nr. 26 des „Corr.“ wollen wir nur kurz bemerken, daß es uns schnuppe ist, ob Herr K. seinen „technischen Studien“ weiter obliegt oder nicht.

Nicht einerlei ist es uns aber, wenn K. durch seine Artikel die ganze Kollegenchaft schädigt und daß dies der Fall ist, können wir unter Beweis stellen. Von unserm Urteile über ihn nehmen wir kein Sota zurück und damit Punktum!

Heidelberg. Die am 27. Februar abgehaltene Haupt- versammlung war gut besucht. Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresberichte ging hervor, daß das Jahr 1903 für unsern Bezirksverein in finanzieller Hinsicht ein günstiges war; Mitgliederstand Ende desselben: 90. Zwei Agitationstouren, die Gau- und Bezirksvorstand im Früh- jahre nach Uelsh. im, Eberbach, Mosbach, Tauberbischofs- heim und Wertheim unternahmen, hatten die Gewinnung von sieben Mitgliedern zur Folge. Die tariflichen Ver- hältnisse am Vororte waren — mit Ausnahme der Druckerei Morrell, die wegen tariflicher und anderer Mißstände für unsere Mitglieder gesperrt werden mußte — gute, während sich in den übrigen dreizehn zu unserm Bezirke gehörigen Druckorten nichts verändert bzw. gebessert hat. Zahl der Correspondentenseher gering. Aus der Bezirkskassa, die einen besriedigenden Bestand aufweist, wurden unterstützt: ein ausländischer verbeideter Kollege in Wiesloch mit 20 Mk., 50 durchgereiste Ausgesteuerte und Nichtbezugsberechtigte mit 45,50 Mk.; außerdem durch Sammlung andere Aus- ständige. Der sachlichen Belehrung dienten ein Ton- plattenschneidekursus unter Leitung des Kollegen Weißbach-Karlsruhe, ein praktischer Kursus über die gesamte Farbenharmonie und Farbenmischung, geleitet von dem leider kürzlich verstorbenen Kollegen Möbius, sowie ein technischer Vortrag desselben. Ferner hielt der Vorsitzende einen Vortrag über das neue Krankenversicherungsge- setz. Der Geselligkeit dienten ein Familienabend, das Johann- isstfest, welches gemeinsam mit dem Bezirksvereine Ludwigs- hafen durch einen Ausflug nach Neckargemünd begangen wurde, sowie eine Weihnachtsfeier. Im Gewerkschaftskartell, Gewerbegerichte und in der Ortskrankenkasse waren wir wie im Vorjahre vertreten. Unter dem Punkte „Tarif- liches“ machte der Vorsitzende die Mitteilung, daß auf Wunsch des Kreis-Amtes Verhandlungen mit dem Prin- zipal Morrell stattgefunden hätten mit dem Ergebnisse, daß sich derselbe ehrenwörtlich verpflichtete, nunmehr den Tarif in allen seinen Positionen einhalten zu wollen; insfol- genden gelangte die Versammlung zu dem Beschlusse, die Sperre über diese Firma aufzuheben. Dagegen sei bei Bühler in Wiesloch, wo das Personal wegen Tarif- verweigerung am Oftern vorigen Jahres die Arbeit nieder- legte, bis jetzt nichts zu erreichen gewesen. Nachdem so- dann noch einige interne Vereinsangelegenheiten ihre Erledigung gefunden hatten, erfolgte die einstimmige Wiederwahl des seitherigen Vorstandes (siehe Verbands- nachrichten) und mit einem dreifachen Hoch auf den Ver- band Schluß der Versammlung.

Naumburg. Einen gut besuchten Rezitationsabend hatten wir am 1. März zu verzeichnen. In bekannter vorzüglicher Weise brachte Herr Schauspieler E. Walfotte das Drama „Die größte Sünde“ zum Vortrage und auch diesmal wieder verstand es der beliebte Rezitator, die Aufmerksamkeit der Zuhörer bis zum Schlusse in spannen- der Weise zu fesseln.

Bezirk Ostfriesland. Unre diesjährige Bezirks- versammlung wurde am 28. Februar in Aurich ab- gehalten. Es hatten sich dazu Kollegen aus den Druck- orten Aurich 6, Embden 11, Eens 4, Leer 10, Norden 2 und Weener 2 eingefunden. Aus dem Jahresberichte und den Mitteilungen der Vertrauensmänner der einzelnen Orte ersieht man, daß sich doch allmählich eine Besserung der Verhältnisse in Ostfriesland bemerkbar macht, trotzdem in vielen Druckereien Nichtmitglieder die Vergrößerung bilden und die Heranziehung letzterer zum Verbands äußerst schwer fällt, da es zum großen Teile ältere Leute sind. Die Bezirkskassa ergab einen kleinen Ueberschuß. Be- schlossen wurde u. a., in diesem Jahre ein Bezirks- Johannistfest zu feiern und als Ort dazu Aurich gewählt; der Mitgliedschaft Aurich übertrag man die notwendigen Vorbereitungen. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wählte man Norden; als Bezirksvorort war auch Embden vorgeschlagen, jedoch wählte die Versammlung Leer wieder. Der bisherige Vorstand — J. Preuß, Vorsitzender, J. Wolff, Schriftführer, D. Grund, Kassierer — wurde einstimmig wieder gewählt. Die Versammlung hatte um 11 Uhr be- gonnen, wurde nach einer Pause für gemeinschaftliches Mittagessen fortgesetzt und endigte gegen 4 Uhr. Nach Schluß derselben unternahmen die Kollegen gemeinschaft- liche Ausflüge nach den unliegenden Orten, wo in den verschiedenen Lokalitäten alsbald eine fröhliche Stimmung die Gemüter beherrschte, bis dann gegen Abend das Dampf- roß die Kollegen wieder dem freundlichen Städtchen ent- führte. Man schied mit dem Wunsche: Auf Wiedersehen zum Bezirks-Johannistfeste in Aurich!

Osnaabrück. Am 28. Februar hatten sich die Bezirks- kollegen zur ersten diesjährigen Bezirksversammlung zusammengefunden. Nach einer kurzen Begrüßung seitens des Vorsitzenden gab der Kassierer einen Überblick über die Finanzen der Verbands- und Bezirkskassa des abge- laufenen Geschäftsjahres. Dem Jahresberichte des Vor- sitzenden ist zu entnehmen, daß die Zahl der Mitglieder im Vorjahre von 86 zu Anfang des Jahres auf 103 am Ende desselben stieg. Diese Mitglieder verteilten sich auf zehn Druckorte des Bezirkes. Einige Druckereien müssen immer noch recht deutlich daran erinnert werden, daß sie tarifstreue sind. Die Firma W. Heßberg-Osnaabrück möchte sich gern um die Begrüßung des Lokalvorsitzes für Be- rechnete drücken, wenn die Seher nicht energisch ihr Recht verlangten, während ein weiteres Schmerzenskind die

Druckerei A. Giesecke in Osnabrück ist, welche nicht gern Ueberstunden bezahlt. Bei letzterer Firma wird nichts anderes helfen, als ein energisches Vorgehen der Behörden. In Zöbberbüren hat die Firma „Zöbberbürener Vereinsdruckerei“ nunmehr den Tarif anerkannt und sich verpflichtet, die Lehrlingsverhältnisse dem Tarife gemäß zu regeln. Schwer zugänglich für den Verband wie für den Tarif sind die Orte Anum, Versenbrück, Fürstenaue, Weppen, Papenburg usw. Gastiert hier wirklich mal ein Mitglied, so merdet es diesen Kunsttempel bald den Niden. In Fürstenaue werden bei fünfstündiger Arbeitszeit 10 Mk. mit Kost und Logis gezahlt; für Ueberstunden gibt es 15, früher 11 Pf. In Weppen erhalten die Kollegen horrende Löhne: 21 bis herab zu 14 Mk. bei 8 1/2 stündiger Arbeitszeit im Winter und 9 1/2 stündiger im Sommer; Ueberstunden 4 für 1 Mk. oder auch 8 für 1 Mk., je nachdem. Die nun folgende Vorstandswahl ergab die Wiederbesetzung sämtlicher Posten per Affirmation. Die nächste Bezirksversammlung verbunden mit dem Johannisfeste findet ebenfalls in Osnabrück statt. Mit einem Hoch auf den Verband schloß darauf der Vorsitzende die Versammlung.

Rundschau.

„Faktor und Hilfsorganisations“ ist ein Artikel in Nr. 18 der „Buchdrucker-Woche“ überschrieben, welcher den Faktor Gieseler in Wilhelmshafen zum Verfasser hat. Der Artikel greift überhand in seinem kurzen Epitaph die Frage, welcher von den beiden Hilfsorganisations beim Engagement von Arbeitern der Vorzug zu geben sei und worauf die nicht selten anzutreffende ausschließliche Beschäftigung entweder von Mitgliedern unser Verbandes oder solchen des Gutenbergs-Bundes zurückzuführen ist. Im Zeitalter der paritätischen Arbeitsnachweise ist die Aufwerfung dieser Frage im Grunde genommen überflüssig; wer in einer tarifstreuen Druckerei gearbeitet und seinen Beitrag zur Unterhaltung der Tarifinstitutionen entrichtet, hat eben die Anwartschaft auf eine tarifmäßige, seinen Kräften entsprechende Kondition. Wenn jedoch der Verfasser an einer Stelle sagt: Hat man anderwärts nur in München im Geschäft, so gehört entweder der Prinzipal oder der Faktor dieser Organisation an bzw. hat ihr angehört oder aber man hat schlechte Erfahrungen mit den Mitgliedern des Verbandes gemacht, so bedarf diese Meinung entschieden einer Korrektur. Auf Grund langjähriger und reichlicher Erfahrungen können wir vielmehr sagen, daß fast in allen Fällen, wo ausschließliche Mitglieder dieses traurigen Geistes einer Hilfsvereinigung, so sich ungleichmäßig Gutenbergs-Bund nennt, beschäftigt werden, dies lediglich die Folge von tariflichen Differenzen ist; die Verbandsmitglieder verlassen die Druckerei zwecks Einführung oder Aufrechterhaltung des Tarifes und die Gutenbergs-Bündler rücken ein, pflegend auf Tarif und Hilfsmoral. So wird ein Schuß daraus und unter diesem Gesichtswinkel sind die Druckereien mit nur Gutenbergs-Bündlern anzufassen, worüber ja auch der heutige Leitartikel wieder ad oculos demonstriert.

Ein ehrloses Subjekt ist der einunddreißigjährige Geser Friedrich Kermer aus Raumburg. Derselbe machte, obwohl verheiratet und Vater von vier Kindern, gelegentlich einer militärischen Übung in Halle a. S. die Bekanntschaft eines jungen Mädchens und knüpfte mit demselben ein Liebesverhältnis an. Nach und nach entlockte er dem Mädchen, welches er später auch häufig von Raumburg aus besuchte, mehrfach Geldbeträge zur Beschaffung von Verlobungsringen und Kleidergeschäften. Als das Mädchen die Folgen des Verhältnisses zu spüren begann, erhielt es eine Schmähschrift von dem Angeklagten. Wegen der besonders verwerflichen Handlungsweise erkannte das Gericht auf ein Jahr Gefängnis, sechs Monate waren beantragt. Kontrakteröffnung: Buchdruckerbesitzer Friedrich Bolte in Osterwieh.

Die druckdringlichen Brteumfänge sind postamtlich für unzulässig erklärt worden.

Wegen Verleumdung eines Steigers wurde Redakteur Veimpeeters von der „Deutschen Bergarbeiter-Zeitung“ zu einem Monate Gefängnis verurteilt. Auf Gefängnisstrafe erkannte das Gericht, weil „notorisch“ feststehe, daß Geldstrafen „aus der Parteikasse“ gezahlt werden, also keine Strafen bedeuten. Wie oft diese Wahrnehmung gerichtsnotorisch ist, läßt sich wirklich nicht verstehen. Es ist vielmehr eine große Ungerechtigkeit, wenn man einen Presskämpfer auf Grund unberechtigter Annahmen einfach ins Gefängnis steckt.

Die nächste Berufs- und Betriebszählung findet im Sommer nächsten Jahres, die allgemeine Volkszählung im Dezember 1905 statt.

Die Reichstagsverhandlungen der vergangenen Woche drehten sich um die zweiten Lesungen des Justiz- und des Militäretats, zwei Gebiete also, über die in Deutschland Ströme von Reden und Druckerwürge rauschen und fließen können. Was selbstverständlich auch gesehen ist, zumal ja in unserm Vaterlande der Denter und Widter die Freiheit selbst nicht mehr auf den Bergen wohnt, sondern mehr und mehr das Parlament als Justizschlichter aufzulesen gezwungen ist. Mit der Debatte über den Russenkurs knüpfte die letzte an die vergangene Woche an. Es gab einen großen parlamentarischen Tag, das Dezemberfest wiederholte sich auf einem andern Gebiete: Nebel und Bülow brachen wieder eine Lanze miteinander und wieder war das Tourneer ein

sehr heißes, trotzdem der Reichskanzler sich als malader, durch den Kopf seiner Ministerkollegen: Samiel, hilf! aus dem Krankenzimmer geschleppter Mann dem Reichstage vorstellte. Der Effekt dieser großen, einseitigartigen Debatte über die von Deutschland rechte Preußen dem Reiche des Absolutismus und der Krute bewiesenen Willkürlichkeiten in Sachen der Ausübung der Fremdenpolizei ist trotz der vielen Worte seitens der Minister Bülow, Hammerstein, Schönstedt und Nichtsofen, trotz der von denselben in satigen Bildern gemalten Schrecknisse des Anarchismus und Terrors, trotz der vom Reichskanzler zu kleinen Verüffentlichungen gemachten und in einem Atemzuge auch als Schnorrer bezichneten Herren Mandelstamm und Silberfarb (den sogenannten Führern der in Deutschland lebenden slavischen Studenten) und trotz der Zitterung des Geistes des Fürsten Bismard zur Rechtfertigung der Haltung unsrer Regierung dem von einem schwächlichen, wankelmütigen Manne „beherrschten“ russischen Reichenreie gegenüber ein einfach beschämendes. Man darf in dieser Sache nicht an Oberflächlichkeiten haften bleiben, sondern den Dingen auf den Grund gehen. Und da bleibt trotz aller schönen Worte und Beteuerungen der Regierung, daß in Deutschland ein fremder Staatsangehöriger mindestens ebenso gut ruhen könne wie in Abrahams Schoß, die traurige Tatsache bestehen, daß der seinerzeit vom Reichstage glatt abgelehnte Auslieferungsvertrag mit Rußland hinterher von Preußen und Bayern mit demselben eingegangen wurde, nach dem nun verfahren wird, der aber von so ziemlich allen Nebenern — darunter auch die Abgeordneten Spahn und Kardorff — abfällig beurteilt und dessen Abänderung deshalb auch mehrfach verlangt wurde und zwar von dem Abgeordneten Spahn nach der Richtung, daß er sich in „den Grenzen der Bestimmungen mit anderen zivilisierten Nationen“ halte! Kein andrer Staat ist mit Rußland einen derartigen Vertrag eingegangen, in jedem andern Lande — man braucht nicht einmal an das in dieser Beziehung mustergültige England zu denken — genießen deshalb die Fremden ein wirkliches Gastrecht und kein Ausnahmegericht, wie bei uns namentlich die auf Schritt und Tritt beobachteten Russen. Wenn deshalb der wieder mit jugendlichem Feuer gegen diese betrüblichen Zustände und gegen das von Deutschland beglückte schändliche Spitzelwesen loslegende alte Webel das Verhalten der Regierung auf das Bestreben zurückführte, den Fort der europäischen Reaktion in Rußland zu erhalten, so liegt darin leider viel Wahres. Das Schuldbonto Deutschlands bzw. Preußens ist in dieser Beziehung ein ansehnlich großes, die Liebedenereien vor Rußland sind gewissermaßen trambonell. Es ist ein gar trübes Kapitel das der politischen Polizei in Deutschland, von der schon Bismard die Meinung hatte, daß zu ihr kein anständiger Mensch gehe. Es war übrigens schade, daß dem Abg. Webel nicht schon das Material der „Leipziger Volkszeitung“ bekannt war, wonach die von den Ministern Hammerstein und Schönstedt vorgebrachten Zitate aus den beschlagnahmten angeblich blutrünstigen russischen Schriften ganz erstaunliche Fälschungen des Uebersetzers sind, der jedenfalls die Geschichte von dem vollenden russischen Kubel sehr gut kennt. Bemerkenswert war noch die Bemerkung Webels, daß jeder Sozialdemokrat, der terroristische oder anarchistische Schriften mit Kenntnis ihres Inhaltes vertreiben würde, aus der Partei hinausfliegen würde. Offenlich hat die große Beschuldigung das eine Gute, daß man in Berlin zu den Geschäftsgängen mit Rußland von jetzt ab durable Stiefel anzieht und nicht mehr in Filzsohlen dahergleitet. — Bei den nachfolgenden Ausführungen zum Justizetat bzw. beim Titel Staatssekretär wurden die verschiedensten und mit zahlreichem Materiale belegten Anregungen für die im Gange befindliche Revision der Strafprozessordnung gegeben. Als solche dienten die mannigfaltigsten Erfahrungen und Vorkänge: Die Benutzung von Krankenjournalen der Ärzte im Laurahütter Landfriedensbruchprozesse, die Beseitigung der knapp vor zwei Jahren geschaffenen neuen Bestimmungen über den stiegenden Gerichtsstand der Presse durch das Reichsgericht, die unterschiedlichste Interpretierung der Aufreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten, das wunderbare Kapitel der Erpressungen durch organisierte Arbeiter bei Ausübung des gewerkschaftlichen Koalitionsrechtes, die abweichenden Begriffe über den Landfriedensbruch selbst, die in Leipzig erlebte Einbeziehung des Wetteuers der „Leipziger Volkszeitung“ in den bekannten Majestätsbeleidigungsprozeß und des Wetteuers Inhaftbehaltung (gegen welche Maßnahme bekanntlich auch unsre Leipziger Mitgliedschaft protestiert hatte und die von dem sächsischen Bundesbevollmächtigten nun wieder eine der hinfänglich bekannten „Rechtfertigungen“ fand), die Frage des vorzeitigen Rücktrittsrechtes der Diensthoten (Staatssekretär Niederberg leistete sich bei der Gelegenheit den kostbaren, natürlich mit himmlischer Heterkeit aufgenommenen Satz, daß das Prügeln von Diensthoten nicht erlaubt sei, sondern nur eine Züchtigung), die vollständig ungeklärte Frage des Streikpostenstehens, die jegige Breslauer Judikatur gegen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und im Gegensatz dazu der Freibrief der Unternehmer hinsichtlich des § 153 der Gewerbeordnung (welches Thema eine lange, von den Abgg. Bernstein, Bülow, Trimborn usw. bestrittene Debatte entfiel, in deren Verlauf der Staatssekretär erklärte, daß für Arbeitgeber und Arbeitnehmer dieselbe gleichmäßige Rechtspredigung gebahnt werde, es könnten allerdings vereinzelt „Frrungen“ vorgekommen sein!), das Kontraktbruchgesetz für ländliche Arbeiter, die in Altenburg vorgenommene Prüfung des

Untersuchungsrichters über die Befähigung eines sozialdemokratischen Redakteurs zu diesem Posten als Verletzung des § 8 des Preßgesetzes und nicht zuletzt das neue Niederlegungsgebot für Posten als ein Eingriff in die Freizügigkeit. Der Staatssekretär nahm die Ueberfülle dieser Wünsche mit der Miene des vom Besten besetzten Mannes und je nachdem auch mit unabweidlichem Miwinken entgegen; viel von diesem reichlichen Segen wird sich ja in die ministeriellen und geheimräthlichen Papierkörbe ableiten. — Die letzten zwei Tage füllte der Militäretat aus. Daß dabei die Geschehnisse der letzten Zeit, von Wehrens „Japanstreik“ und der Schöle in Forbach angefangen bis zu den Baudisfischen „Erstklassigen Menschen“ nicht zu kurz kamen, versteht sich am Bande. Im Vergleich zwischen dem Jena von 1806 und den jetzigen Zuständen im Heer, an Belobigungen der als sozialdemokratisch angehaucht eruierten Soldaten über ihre Tüchtigkeit und großen Klagen über ihren mangelnden Enthusiasmus war weiter auch kein Mangel.

Vom Kriege zwischen den Ärzten und den Krankentassen besagen die Meldungen der letzten Wochen: In Leipzig haben beide Zeile der Kreishauptmannschaft auf deren letzte Einigungsverschlüsse geantwortet, daß man sich von denselben keinen Erfolg verspreche. Eine jede Partei will das Mögliche an Entgegenkommen geleistet haben, aber der fortgesetzt ablehnende Standpunkt des Gegenüber mache eine Verständigung unmöglich. Während nun in den bürgerlichen Blättern die Ärzte die Berechtigung ihres Standpunktes mit erstaunlicher Ausdauer verfechten, machen sich in deren Sprechsaaldruck zahlreiche Stimmen von Klassenmitgliedern gegen die Haltung des Vorstandes der Leipziger Krankentasse vernehmbar, denen der Stempel des Gemachten aber allzu auffällig anhaftet. Die Ortskrankentasse hingegen gibt nun periodisch Mitteilungen heraus, welche den Tagesblättern beigelegt werden sollen, um das Publikum auch von dieser Seite aus aufzuklären. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ wußten jedoch ihre Unparteilichkeit in dieser Streitfrage nicht besser zu befechten, als mit Ablehnung dieser Beilage unter allerlei Ausflüchten; daselbe Blatt nimmt aber alles, was gegen die Kasse geminnt ist, mit Vergnügen auf. „Fällt Leipzig, fällt Deutschland“ ist das Motto dieser die Entfaltung und Entwicklung des Konfliktes eingehend schildernden kassenseitigen Publikation. Die Leipziger Ortskrankentasse setzt inzwischen auch die Anstellung von Distriktsärzten und die Errichtung von ärztlichen Beratungsstellen (Polikliniken) fort und soll nach sicheren Verlautbarungen schon über die benötigte Verzeugsatz verfügen. Die Berliner ärztefreundliche „Tägliche Rundschau“ gibt selbst zu, daß die Kasse eine genügende Anzahl von Ärzten gewonnen habe. Wir halten ja das System der Distriktsärzte und der Polikliniken nicht für den glücklichsten Ausweg, wollen aber, da daselbe sich in Dresden und Chemnitz gut bewährt haben soll, uns noch kein abschließendes Urteil darüber erlauben. Und das umso weniger, weil in der Arztzeitschrift, wie dies ein neuerlicher Artikel im „Ärztlichen Korrespondenzblatt“ in klassischer Machtzeit zeigt, nach der „ersten Faust“ der Regierung in diesem Streite verlangt wird. Die Weise, wie in erwähntem Artikel der Klassenhaat als Beschönner des Sturmes angerufen wird, kann und muß nur verstimmend wirken und alles gegen die Ärzte einnehmen. Werden solche Brechstimmen von den Ärzten nicht zurückgewiesen, haben sie selbst den Schaden davon. — In Köln haben die Krankentassen eine Klage auf Aufhebung der behördlichen Verfügungen beim Bezirksausschusse anhängig gemacht. Die von der Ärztevereinigung mit den hinzugezogenen Ärzten angestrebten Abfindungsverträge entfallen unter anderem auch den wunderbaren Passus, daß die betreffenden Ärzte den Verfall der mit den Kassen ausbedungenen Konventionalstrafe von 6000 Mk. in keiner Weise anerkennen, da sie infolge der Aufforderung des Oberbürgermeisters ihre Tätigkeit einstellen mußten. Ob diese rabulistische Auslegung eines auf Betreiben der angezogenen Ärzte nicht erfüllten Vertrages vor Gericht durchbringen wird, bleibt wohl noch sehr abzuwarten. Selbst christliche Gewerkschaftsblätter wenden sich entschieden gegen den den Kölner Ärzten gewährten einseitigen Schutz durch die dortigen Behörden. — Der Konflikt zwischen den Ärzten und der Eisenbahndirektion im nahen Oberfeld ist nunmehr zum Ausbruche gekommen. Die Eisenbahndirektion, gleich dem Regierungspräsidium in Köln doch eine königliche Behörde, hat einfach auswärtige Ärzte engagiert, welche Maßnahme natürlich die Oberfelder „ausgeperrten“ Ärzte in den Tageszeitungen mit den bekannten Repressivmaßregeln beantworteten. Was wohl in diesem Falle der zuständige Regierungspräsident in Düsseldorf unternehmen wird? — In Witten haben sich zu den ausgeschriebenen sechs Kassenarztsstellen 24 Ärzte gemeldet. Die dortigen Ärzte gingen daraufhin mit ihren Forderungen herunter und kam dann eine Einigung zustande. — In Schwertin haben sich die Ärzte mit den Krankentassen geeinigt in dem Augenblicke, als von letzteren fremde Ärzte engagiert werden sollten. Die Kassenärzte zeigten sich mit einem Male nachgiebig und gingen einen dierjährigen Kontrakt ein. — In Berlin haben die Ärzte der Gewerbevereinskrankentassen entgegen dem Vorschlage der Verzeitskammer beschloffen, die bis zum 1. Juli 1909 laufenden Verträge einzuhalten. Auch die Ärzte der Ortskrankentasse für Kaufleute daselbst, welche vor einiger Zeit die Erneuerung der bestehenden Verträge auf weitere fünf Jahre eingingen, dann aber ihre Unterschrift auf Anraten und energisches Betreiben jener Korporation wieder zurückziehen wollten, um die freie Arzt-

wahl durchzudrücken, haben sich jetzt zur Erfüllung ihrer eingegangenen Verpflichtungen bereit erklärt, so daß etwa 500 Ärzte den Berliner Kassen auf längere Zeit zur Verfügung stehen. — In der zweiten badischen Kammer kam der von uns schon erwähnte Konstanzer Fall vor einiger Zeit zur Sprache. Der Fürsprecher der Ärzte warf nämlich der Regierung vor, sie habe die Neutralität verletzt und in dem Streite gegen die Ärzte Stellung genommen. Der Minister antwortete, die Regierung habe die Kassen selbst erachtet, die Honorarfrage um 17 bis 20 Proz. zu erhöhen. Wenn sie aber im Gegenseite hierzu in dem Streite des ärztlichen Vereins Konstanz gegen die Ärzte Stellung genommen habe, so wäre dieses Vorgehen in den durchaus unangemessenen und übertriebenen Forderungen der Ärzte begründet. Die Regierung habe für den Fall eines Konfliktes deshalb den Bezirksarzt (Kreisphysikus) angewiesen, die Behandlung der erkrankten Kassenmitglieder zur einfachen Minimalpflege zu übernehmen. Und hierzu vergleiche man nun das Vorgehen der Regierung in Köln und den Schrei nach der Regierung in der Metzpresse!

Die Kammer VII des Gewerbegerichtes in Berlin hat in einem konkreten Falle entschieden, daß die korporativen Arbeitsverträge auch für nichtorganisierte Arbeiter Geltung haben, d. h. ein zwischen einer Unternehmergruppe und einer Gewerkschaftsorganisation vereinbarter Tarif gilt ohne weiteres auch für in solchen Betrieben beschäftigte, der vertragschließenden Organisation nicht angehörende Arbeiter.

Von der Strafkammer am Landgerichte I in Berlin wurde einem Töpfer zwei und zweien je ein Monat Gefängnis zuerkannt wegen Koalitionsrechtverletzung. Die drei hatten sich geweigert, mit einem andern Gesellen zusammen zu arbeiten, der dem Verbands wegen des hohen Beitrages den Rücken gefehrt und nun das Mögliche leistete in Herabsetzungen und Beleidigungen des Vorstandes der Töpferorganisation. Nach unterschiedlichen Zwischenfällen gab der betreffende Unternehmer dem Ausgetretenen auf, sich wieder zum Verbands zu melden, er wolle wegen seiner nicht die anderen Leute verlieren. Auf dem Verbandsbüro wurde er jedoch abgewiesen, einmal wegen der ausgesprochenen Beleidigungen, dann aber auch, weil er offen bekannte, er wolle sich nicht wieder zur Organisation melden, sondern er müsse, um weiter seine Schereverien zu haben entließ der Arbeitgeber dann den Organisationsfeind. Hierauf strengte der Musterarbeiter Klage an, um sich zu veranbunden an seinen Mitarbeitern. Das Gericht bezugte wie üblich aus diesem Vorgehen die angestrebte Verschaffung eines Vermögensvorteils für den Verband, was man juristisch eine Erpressung nennt, und unsre Rechtspredung war wieder um ein selbstames Urteil reicher.

Nach dem Proportionalwahlssysteme wurde jetzt zum erstenmale die Gewerbegerichtswahl in Frankfurt am Main vorgenommen. Auf die Liste des Gewerkschaftskartells entfielen 6221 und auf die Liste der christlichen Arbeitervereine 597 Stimmen. Die Gewerkschaftsliste erhielt demnach 30 und die christliche Liste 3 Beisitzer. In der Unternehmerabteilung wurden 309 Stimmen abgegeben. Davon für die Liste der vereinigten Gewerbetreibenden 213 und für die Liste der sozialdemokratisch-gesinnten Unternehmer 96. Diese erhalten demnach 10 Beisitzer und die vereinigten Gewerbetreibenden 23.

Die Idee eines Generalstreiks zur Erringung des allgemeinen Wahlrechtes in Schweden gewinnt unbestreitbar wieder an Anhängern. Die Trompeten erklingen diesmal von Malmö aus, in welchem Orte von der Arbeiterkommune nach drei Versammlungen mit diesem Thema eine Resolution angenommen wurde, welche die Inzenerierung eines „wirklichen politischen Großstreiks“ verlangt, damit nicht, wie beim letztenmale, der Anlauf bei einem bloßen Demonstrationstreik stecken bleibe. Ein anderer Teil wollte gar über die vorgeschlagene und angemessene, an tönenden Worten durchaus nicht arme Resolution noch hinausgehen. Wir haben bekanntlich schon Hände gegen den Generalstreik geschrieben und wollen deshalb die Schwärmer für diese blutige Kinderei heute nur auf ein Moment hinweisen, welches allerdings auch Hände spricht. Vor einiger Zeit ist nämlich dem Unterstützungskomitee zu Amsterdäm vom dortigen Bürgermeister die Genehmigung erteilt worden, eine Hauskollekte für die Opfer des holländischen Generalstreiks (am 31. Dezember noch 333 Personen) zu veranstalten, da die Unterhaltungen für dieselben zu schwach stiegen. Von der weltföhigen Parole: „Alle Hände stehen still, wenn dein starker Arm es will“ bis zur erniedrigenden Hausbettelei ist eine Spanne voll erschütternder Tragik, aber auch eine in Flammenchrift leuchtende Warnung.

In Goslar wurden 80 Schieferbergleute ausgeperrt und die Grube geschlossen. — Die Schneider in Magdeburg proklamierten den Streik, da alle Einigungsversuche scheiterten; in Jena unterlagen die Gehilfen vollständig bei der Aussperrung, der Vorsitzende der Hirsch-Dunkerianer wurde mit zum Sperrbrecher; in Stuttgart dagegen kam ein verbesserter Tarif zustande. — Die Tischler in Schönberg (Hollst.) unterlagen mit ihren Forderungen und reisten sämtlich ab. — Der Streik der Maurer in Eisenach hat nicht zur Aussperrung, sondern zur Anerkennung der meisten Forderungen der Arbeiter geführt. — In Plauen i. V. sind die Maler und die Schneider in den Ausstand getreten.

In einer größern Kammgarnspinnerei bei Breszla streiken 500 Textilarbeiter wegen Abänderung der

Fabrikordnung. — Die Ausschlosser von Budapest legen sämtlich die Arbeit nieder. — Der Streik der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen in Grodno (Rußland) mußte resultatlos aufgegeben werden. — Die Tabakarbeiterinnen der staatlichen Fabrik in Venedig haben, obwohl eine inzentierte Ausstandsbewegung fehlgeschlagen, einen Teil ihrer Forderungen bewilligt erhalten.

Briefkasten.

r in Hamburg: Lassen wir doch den einen sich blamieren, wie er will; im „Corr.“ wollen wir ihm die Ehre der Erwähnung nicht zu teil werden lassen. — H. Sch. in Düsseldorf: Bei uns ist ein Bericht bis jetzt nicht eingegangen. Oder soll es sich um den vor Wochen abgelehnten Bericht handeln, der sich mit den Maßnahmen des Zentralvorstandes beschäftigt? — !-: So bedauerlich die von Ihnen gerügten Mißstände sind, so gefährlich wäre es, im „Corr.“ darauf einzugehen. Hier muß die Hilfe von innen heraus kommen. Durch die Veröffentlichung Ihrer Einsendung würde nur neuer Bündstoff geschaffen und das Gegenteil des von Ihnen Gewollten erreicht. Unterbreiten Sie diese Sache doch einmal dem Bauvorstande. — A. B. S.: Sehr erfreut über Ihre Mitteilungen. Können Sie uns in dieser Beziehung vielleicht ziffernmäßiges Material mitteilen, was bis jetzt die bekannte Stätte verlassen und was noch übrig geblieben? In Anbetracht der neuesten Vorgänge (siehe heutige Nummer) wäre das nur sehr erwünscht. Gruß!

Verbandsnachrichten.

Verbandsbüro: Berlin SW 29, Gamsiopsplatz 5, III.

Gau Dresden. Die verehrl. Vertrauensmänner der einzelnen Mitgliedschaften werden ersucht, die Jahresberichte, soweit dies noch nicht geschehen, umgehend an unsre Verwaltung einzusenden.

Bezirk Dessau. Die erste diesjährige Bezirksversammlung findet Sonntag den 17. April, vormittags 11 Uhr, in Bitterberg im Etablissement „Schweizergarten“ statt. Anträge sind bis zum 5. April an den Vorsitzenden einzureichen. Die Tagesordnung geht den Mitgliedern durch Zirkular zu.

Bezirk Hildesheim. Resultat der Vorstandswahl: Aug. Hausmann, Kaiserstraße 29, Vorsteher; Jos. Holländer, Stellvertreter; Gust. Dannhauer, Göttestraße 44, Kassierer; W. Conrad, Schriftführer; F. Fikurat und D. Hübener, Revisoren.

Die Bezirksversammlung findet am 13. März, 3 Uhr nachmittags, in Goslar a. H. im Gasthose „Zur Krone“ (Breitestraße) statt; vormittags 11 Uhr geht eine Allgemeine Buchdruckerversammlung im gleichen Lokale voraus.

Bezirk Krefeld. Der Seher Hermann Kottmann aus Münster i. Westf., zuletzt in Mors in Kondition, wird hierdurch aufgefordert, innerhalb acht Tagen seine Beiträge zu begleichen bzw. sein Buch anzulösen, andernfalls Anschlag erfolgen wird.

Bezirk Offenbach a. M. Gautagsdelegiertenwahl. Es erhielten Stimmen: A. Schwab 156, D. Schulz 155, H. Heilmann 126, H. Stein 125, J. Seelmann 124, F. Kopp 109, K. Wiese 95, Ed. Fuchs 61, C. Dresch 34. Stichwahl zwischen Wiese und Kopp am 3. März. Resultat derselben: Kopp 119, Wiese 59. Die Namen der Gewählten sind gesperrt gedruckt.

Bezirk Waldenburg i. Schl. Die diesjährige Bezirksversammlung findet Sonntag den 24. April in Gottesberg statt. Anträge zu derselben sind bis Ende März dem Bezirksvorstande zu übermitteln. Tagesordnung und alles nähere geht den Mitgliedern später durch Zirkular zu.

Düsseldorf. Die Mitgliederversammlung findet am 12. März, abends 8¹/₂ Uhr, im Vereinslokale „Zum Königsberg“, Fingerringstraße, statt. Die Tagesordnung geht den Mitgliedern per Zirkular zu.

Hirschberg. Der Seher Swoboda aus Briinn, welcher zuletzt in Badenshut i. Schl. konditionierte, ohne Buch und Restierung von sieben Wochenbeiträgen abgereicht ist, wird ersucht, sofort seine Verpflichtungen mit Otto Seiffert, Hellerstraße 24, II, zu regeln, widrigenfalls Anschlag erfolgt.

Hildesheim. Der Vorstand setzt sich für das laufende Jahr aus folgenden Kollegen zusammen: Friedr. Moos, Wiesenstraße 19, erster Vorsitzender; Otto Wichmann, zweiter Vorsitzender; Fritz Bergfeld, Knappstraße 13, Kassierer; Hermann Jäger, Schriftführer.

Magdeburg. Anträge zum Gautage sind bis zum 24. März an den Vorsitzenden Dutke, Tracau, Magdeburgerstraße 9, einzusenden.

Arbeitslosen-Unterstützung.

Hauptverwaltung. Bericht vom Monate Januar 1904.

a) Auf der Reise: Uebernommen vom vorhergehenden Monate 226 Mitglieder, aus Kondition kamen 175 (hiervon waren 22 noch zum Bezuge der Ortsunterstützung berechtigt), aus gegenseitigen Vereinen 59 (36 Verbands- und 23 gegenseitige Mitglieder und zwar aus Desterreich 21 Verb.- und 17 gegenf. Mitgl., aus Dänemark 3 Verb.- und 2 gegenf. Mitgl., aus der Schweiz 2 Verb.- und 2 gegenf. Mitgl., aus Elsaß-Lothringen 7 Verb.- und 1 gegenf. Mitgl., aus Holland 1 Verb.-

Mitgl., aus England 2 Verb.-Mitgl. und aus Riga 1 gegenf. Mitgl.), aus konditionslosem Aufenthalt kamen 67 (hiervon bezogen 43 Mitglieder vorher Orts-Unterstützung und zwar 13 bis zu 10 Tagen, 7 bis zu 20 Tagen, 4 bis zu 30 Tagen, 2 bis zu 40 Tagen, 4 bis zu 50 Tagen, 6 bis zu 70 Tagen, 2 bis zu 80 Tagen und 4 bis zu 140 Tagen), krank waren 16, zusammen 543 Mitglieder (437 Verbands- und 106 gegenseitige Mitglieder, hierunter 39 Desterreicher, 30 Ungarn, 8 Norweger, 3 Dänen, 14 Schweizer, 1 Elsaß-Lothringer, 3 Schweden, 1 Rigauer und 6 Serben). Von diesen auf der Reise befindlichen 543 Mitglieder hatten vorher geleistet: 2 unter 6 Beitr., 36 6—12 Beitr., 195 13—49 Beitr., 74 50—74 Beitr., 48 75—99 Beitr., 66 100—149 Beitr., 114 150—499 Beitr., 5 500—749 Beitr. und 3 Mitglieder über 750 Beiträge. — Es traten wieder in Kondition 198 Mitglieder, gingen am Schluß des Monats in das Gebiet gegenseitiger Vereine 75 (37 Verbands- und 38 gegenseitige Mitglieder und zwar nach Desterreich 24 Verb.- und 26 gegenf. Mitgl., nach Dänemark 4 Verb.- und 3 gegenf. Mitgl., nach der Schweiz 2 gegenf. Mitgl., nach Elsaß-Lothringen 5 Verb.- und 7 gegenf. Mitgl., nach Holland 3 Verb.-Mitgl., nach Schweden 1 Verb.-Mitgl.); bei Schluß des Berichtes verblieben konditionslos am Orte 51 (davon traten 11 in den Bezug der Orts-Unterstützung), krank wurden 8, ausgesteuert 6, der Nachweis hörte auf bei 11, auf der Reise verblieben 194, zusammen 543 Mitglieder und zwar 438 Seher (erhielten 6098 Tage), 92 Drucker (erhielten 1280 Tage) und 13 Gießer (erhielten 203 Tage Unterstützung). Außerdem waren nach den Angaben der Reisekassenverwalter 9 (8 S. u. 1 Dr.) nichtbezugsberechtigte und 43 (26 S., 21 Dr. u. 1 G.) ausgesteuerte Mitglieder auf der Reise. — Es wurden verausgabt: An 358 Mitglieder für 5172 Reisetage (grüne Leg.) à 1 Mk. = 7172 Mk., an 185 Mitglieder für 2409 Reisetage (weiße Leg.) à 1,25 Mk. = 3011,25 Mk., an Porto 20,75 Mk., an Remuneration 136,40 Mk., in Summa 8340,40 Mk., hiervon 6221,15 Mk. an Verbands- und 2119,25 Mk. an gegenseitige Mitglieder und zwar: 607,25 Mk. an Desterreicher, 776,75 Mk. an Ungarn, 203,50 Mk. an Norweger, 60,50 Mk. an Dänen, 270,75 Mk. an Schweizer, 24,50 Mk. an Elsaß-Lothringer, 59 Mk. an Schweden, 35,50 Mk. an Rigauer und 81,50 Mk. an Serben. — Im Verhältnisse zu demselben Monate des Vorjahres wurde Reise-Unterstützung gezahlt:

1904 an 543 Mitgl. 7581 Tage = 8340,40 Mk.
1903 „ 677 „ 10678 „ = 11993,27 „
wenig. 1904 an 134 Mitgl. 3097 Tage = 3652,87 Mk.

b) Am Orte: Uebernommen vom vorhergehenden Monate 895 Mitglieder, neu hinzugekommen 934, zusammen 1829 Mitglieder; hiervon waren berechtigt zu 70 Tagen à 1,25 Mk. 220 Mitglieder (176 S., 35 Dr. u. 9 G.), zu 70 Tagen à 1,50 Mk. 306 Mitglieder (240 S., 52 Dr. u. 14 G.), zu 140 Tagen à 1,50 Mk. 1205 Mitglieder (968 S., 175 Dr. u. 62 G.) und zu 280 Tagen à 1,50 Mk. 98 Mitglieder (78 S., 16 Dr. u. 4 G.). — Es traten wieder in Kondition 1226 Mitglieder (1043 S., 136 Dr. u. 47 G.), gingen auf die Reise 49 (38 S. u. 11 Dr.), wurden krank 11 (8 S. u. 3 Dr.), ausgesteuert 58, wovon 15 (9 S., 5 Dr. u. 1 G.) mit 70 Tagen à 1,25 Mk., 17 (11 S., 5 Dr. u. 1 G.) mit 70 Tagen à 1,50 Mk., 24 (16 S. u. 8 Dr.) mit 140 Tagen à 1,50 Mk. und 2 (2 S.) mit 280 Unterstützungstagen à 1,50 Mk., zu einem andern Bezuge ging 1 (1 S.), etabliert 1 (1 Dr.), Unterstützung entzogen wegen Nichtannahme einer tarifmäßigen Kondition 1 (1 S.); im Bezuge der Unterstützung verblieben am Schluß des Monats 482 Mitglieder (333 S., 109 Dr. u. 40 G.), wovon 54 (40 S., 12 Dr. u. 2 G.) zum Bezuge der Unterstützung bis zu 70 Tagen à 1,25 Mk., 57 (37 S., 14 Dr. u. 6 G.) bis zu 70 Tagen à 1,50 Mk., 332 (233 S., 71 Dr. u. 28 G.) bis zu 140 Tagen à 1,50 Mk. und 39 (23 S., 12 Dr. u. 4 G.) bis zu 280 Tagen à 1,50 Mk. berechtigt sind, zusammen 1829 Mitglieder und zwar 1462 Seher (erhielten 22535 Tage), 278 Drucker (erhielten 4768 Tage) und 89 Gießer (erhielten 1489 Tage Unterstützung). — Diese 1829 Mitglieder verteilten sich auf die einzelnen Gauen wie folgt: Bayern 131 (darunter München 86, Nürnberg 21, Augsburg 8, Würzburg 4, Landshut 3, Berlin 586, Dresden 87 (darunter Stadt Dresden 76, Freiberg 5), Erzgebirge-Bogtland 24 (darunter Plauen 6, Chemnitz 5), Frankfurt-Hessen 71 (darunter Frankfurt a. M. 57, Kassel 10, Marburg 4), Hamburg-Altona 97, Hannover 68 (darunter Stadt Hannover 43, Braunschweig 15, Wittingen und Hildesheim je 4), Leipzig 209, Mecklenburg-Lübeck 2, Mittelrhein 47 (darunter Wiesbaden 13, Mainz 9, Darmstadt und Mannheim je 4, Hanau 5, Ludwigslust 4), Nordwest 12 (darunter Bremen 7), Oberhein 27 (darunter Freiburg 13, Karlsruhe 9), Oder 49 (darunter Potsdam 14, Stettin 9, Brandenburg und Jossen je 5), Osterrhein-Ehringen 54 (darunter Raumburg 14, Weimar 12, Erfurt 9, Gotha 6, Rudolstadt 4), Ostpreußen 13 (darunter Königsberg i. Pr. 3), Posen 7 (darunter Bromberg 5), Rheinland-Westfalen 92 (darunter Düsseldorf 20, Essen a. R. 13, Köln 12, Bielefeld, Bochum und Dortmund je 5, Warmen, Hamm und Krefeld je 4, Aachen und Eberfeld je 3), An der Saale 80 (darunter Magdeburg 36, Halle 14, Dessau 10, Burg 5, Zeitz 4, Köthen und Bitterberg je 3), Schlesien 66 (darunter Breslau 48, Bautzen und Waldenburg je 4, Görlitz und Liegnitz je 3), Schleswig-Holstein 30

(darunter Kiel 16, Flensburg 4), Westpreußen 6 (darunter Danzig 5), Württemberg 71 (darunter Stuttgart 58, Heilbronn 3). — Es wurden verausgabt: An 220 Mitglieder für 3298 Tage à 1,25 Mf. = 4122,50 Mf. und an 1603 Mitglieder für 25494 Tage à 1,50 Mf. = 38241 Mf., in Summa 42363,50 Mf. — Im Verhältnis zu demselben Monate des Vorjahres wurde Orts-Unterstützung gezahlt:

1904 an 1829 Mitgl.	28792 Tage	= 42363,50 Mf.
1903 " 2012 "	33117 "	= 48695,75 "

wenig. 1904 an 183 Mitgl. 4325 Tage = 6332,25 Mf. Die Ausgabe von 42363,50 Mf. verteilt sich auf die einzelnen Gauen wie folgt: Bayern 2725 Mf., Berlin 14346 Mf., Dresden 2193,50 Mf., Erzgebirge-Bogtland 464,75 Mf., Frankfurt-Hessen 1545 Mf., Hamburg-Altona 1694,25 Mf., Hannover 1800,50 Mf., Leipzig 4980,75 Mf., Mecklenburg-Lübeck 41,25 Mf., Mittelrhein 1127 Mf., Nordwest 213 Mf., Oberrhein 419 Mf., Oder 1276 Mf., Ostpreußen 318,25 Mf., Posen 150 Mf., Rheinland-Westfalen 2014,75 Mf., An der Saale 1754 Mf., Schlesien 1832,50 Mf., Schleswig-Holstein 724 Mf., Westpreußen 110,25 Mf. und Württemberg 1458 Mf.

Insgesamt wurden auf der Reise und am Orte im Monate Januar

1904 an 2372 Mitgl.	36373 Tage	= 50703,90 Mf.
1903 " 2689 "	43795 "	= 60689,02 "

wenig. 1904 an 317 Mitgl. 7422 Tage = 9985,12 Mf. ausgezahlt. Nach der Anzahl der Tage (36373) sind daher 1135 Mitglieder (gegen 1413 Mitglieder im Vorjahre) den ganzen Monat Januar hindurch ununterbrochen im Besitze von Arbeitslosen-Unterstützung gewesen.

Ehingen: Doll, Joh. Zellbach; Weller, Wilh. Herrenberg: Fischer, G. Mößlingen: R. Maierische Buchdruckerei. *Dörschhausen: Unold, S. *Kiedlingen: Ulrichische Buchdruckerei. †Rottweil a. N.: Rothschild, M.; Schwarzwälder Volksfreund, G. m. b. H. Salach: Formulardruckerei (E. Kaisser). Schw.-Hall: Hoergerische Druckerei. Sulz a. N.: Bösch, F. Waldsee: Seitz, Peter B. V. Kreis. Garmisch: Raumer, Carl. *Gervolzhofen: Müller & Triftsch; Teatsch & Vollmuth. Gräfenberg: Kober, F. B. Heibingensfeld: Thee, Hans. Hofheim: Felsner, Hans (Bote vom Haggan). Kempten (Bayern): Dohler, Alf. (Rudloff). Marktbreit a. N.: Höreth, A. (Heermann). Mering: Meringer Anzeiger (S. Egger). Würzburg: Schaderer, Jul. (Samoni Nachf.). VI. Kreis. Bismark (Mfm.): Meßel, Bruno. Gößnitz (S.-A.): Mißbach & Dertel. Greiz i. B.: Bühnert, Ernst. Halle a. S.: Rode, Friedr. (Hohmann). Bahna: Mundschent, G. VIII. Kreis. Berlin: Arnold, Georg; Berliner Kellame-Druckerei (Max Lewin); Möller, A.; Wölff, Max. IX. Kreis. Kößlin: Fürstentümer Zeitung, A.-G.

30. November, nach welchem mit den Maschinenfabriken in Verhandlungen eingetreten werden sollte über Beschwerden, die gegen die Fabriken beim Tarif-Urtheil geführt worden waren. Es wurde in dieser Sitzung der einstimmige Beschluß gefaßt, an die Fabriken das Ersuchen zu richten:

1. bezüglich der Ausbildung von Maschinensetzern sowohl innerhalb als außerhalb der Fabrik unsere tariflichen Vorschriften gelten zu lassen und
2. davon Abstand zu nehmen, sich aus Maschinenfabriken zu Satzfabriken herauszubilden.

Die infolgedessen mit den Fabriken bis in die letzten Tage geführten Verhandlungen haben zu folgender Verständigung geführt:

1. „Mergenthaler“ und „Typograph“ haben den Vorschlag des Tarif-Urtheils, den Tarif anzuerkennen, abgelehnt; ebenso das Verlangen, die von der Fabrik zur Ausbildung eingestellten Gehilfen nach vier Wochen der Lehrzeit tariflich zu entlohnen. Dagegen haben sich beide Fabriken bereit erklärt, ihre Setzer-schulen mehr und mehr zu verkleinern und die von ihnen zur Ausbildung Eingestellten nur noch während vier Wochen anzulernen.
2. Die „Monoline“ hat sich durch Anerkennung des Buchdruckertarifes verpflichtet, die von der Fabrik zur Ausbildung an der Maschine herangezogenen Setzer während der Dauer ihrer Lehrzeit mit dem tariflichen Minimum zu entschädigen, wie dies bisher schon der Fall war.
3. Sämtliche Fabriken übernehmen die Verpflichtung ihre Instrukteure anzuweisen, dafür besorgt zu sein, daß nur gelernte Buchdrucker an der Maschine Verwendung finden. Ausgeschlossenen hiervon soll die Beschäftigung bzw. Ausbildung eines Mechanikers sein, dem die Instandhaltung und Reinigung der Maschinen, der Matrizen usw., das Umformen des Metalles, Nachlegen der Metallblöcke in den Gießkegel usw. obliegt. Ebenso behalten sie sich vor, den Prinzipal oder ein in der betreffenden Druckerei tätiges Familienmitglied deselben mit der Instruktion und Handhabung der Maschine vertraut zu machen, also solche Personen, die nicht als Setzer fungieren sollen.
4. Die Herstellung von zum Druck zu verwendenden Satz werden die Fabriken nur für Käufer ihrer Maschinen und nur dann übernehmen, wenn es sich um Lieferung von Probestab oder um eine Ausstillleistung bei nicht rechtzeitig zu liefernden Maschinen handelt. In solchem Falle sollen die mit der Herstellung des Satzes beschäftigten Maschinensetzer nach den Bestimmungen des § 34 des Tarifes entlohnt werden.

Berlin, im Februar 1904.

Das Tarif-Urtheil der Deutschen Buchdrucker.
Georg W. Bügenstein, L. S. Giesecke, Prinzipalvorsitzender. Gehilfenvorsitzender. Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Tarif-Urtheil der Deutschen Buchdrucker.
Berlin SW 48, Friedrichstraße 289.
Briefadresse: J. S. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs.

Elfter Nachtrag
zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen vom 30. April 1903.
(Begründete Einwendungen gegen die Aufnahme einer Firma sind spätestens innerhalb 14 Tagen einzureichen.)

I. Kreis.
Hamburg: Grahl & Kappat.
II. Kreis.
Barmen: Otto Brons Nachf.
Duisburg: Dietrich & Hermann.
Essen a. N.: Girardet, W.
Köln a. Rh.: Hassel, Wilh.
Saarlouis-Fraulautern: Hürtgen, FINE & Wippach.
III. Kreis.
Frankfurt a. M.: Scovall, Jakob.
Fechenheim a. M.: Oberling, Friedrich.
Ober-Ramstadt: Odenwälder Verlagsdruckerei (W. Redf.).
IV. Kreis.
Aachen: Stierlinsche Buchdruckerei.
Badnang: Fr. Würdter.

Aus dem Verzeichnisse der tariftreuen Buchdruckereien wurden gestrichen: Hugo Groben in Solingen (II. Kreis); Gehler & Strauß in Quedlinburg (VI. Kreis); S. Hampel in Weißwasser (IX. Kreis).

Schiedsgericht Potsdam. (Erfahrungl. Prinzipalsseitig: Kurt Gerber (W. B. Hahn's Erben), Potsdam, Ernst Lesson (Zimberg & Lesson), Neubabelsberg, Paul Brandt (Krämerische Buchdruckerei), Potsdam, ordentliche Mitglieder: Max Babenzien, Rathenow, W. Rein (Seltmann Nachf.), Werder, Robert Müller, Potsdam, Stellvertreter. — Gehilfenseitig: Erich Krüger, August Rabe in Potsdam, Jean Art in Nowawes, ordentliche Mitglieder; Robert Wesenberg, Wd. Manus in Potsdam, Paul Feffer in Nowawes, Stellvertreter.
Berlin, 6. März 1904.
Gg. W. Bügenstein, L. S. Giesecke, Prinzipalvorsitzender. Gehilfenvorsitzender. Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Bekanntmachung.
Unterm 10. Dezember v. J. veröffentlichten wir in unseren Organen den Auszug aus einem Protokolle vom

30. November, nach welchem mit den Maschinenfabriken in Verhandlungen eingetreten werden sollte über Beschwerden, die gegen die Fabriken beim Tarif-Urtheil geführt worden waren. Es wurde in dieser Sitzung der einstimmige Beschluß gefaßt, an die Fabriken das Ersuchen zu richten:

1. bezüglich der Ausbildung von Maschinensetzern sowohl innerhalb als außerhalb der Fabrik unsere tariflichen Vorschriften gelten zu lassen und
2. davon Abstand zu nehmen, sich aus Maschinenfabriken zu Satzfabriken herauszubilden.

Die infolgedessen mit den Fabriken bis in die letzten Tage geführten Verhandlungen haben zu folgender Verständigung geführt:

1. „Mergenthaler“ und „Typograph“ haben den Vorschlag des Tarif-Urtheils, den Tarif anzuerkennen, abgelehnt; ebenso das Verlangen, die von der Fabrik zur Ausbildung eingestellten Gehilfen nach vier Wochen der Lehrzeit tariflich zu entlohnen. Dagegen haben sich beide Fabriken bereit erklärt, ihre Setzer-schulen mehr und mehr zu verkleinern und die von ihnen zur Ausbildung Eingestellten nur noch während vier Wochen anzulernen.
2. Die „Monoline“ hat sich durch Anerkennung des Buchdruckertarifes verpflichtet, die von der Fabrik zur Ausbildung an der Maschine herangezogenen Setzer während der Dauer ihrer Lehrzeit mit dem tariflichen Minimum zu entschädigen, wie dies bisher schon der Fall war.
3. Sämtliche Fabriken übernehmen die Verpflichtung ihre Instrukteure anzuweisen, dafür besorgt zu sein, daß nur gelernte Buchdrucker an der Maschine Verwendung finden. Ausgeschlossenen hiervon soll die Beschäftigung bzw. Ausbildung eines Mechanikers sein, dem die Instandhaltung und Reinigung der Maschinen, der Matrizen usw., das Umformen des Metalles, Nachlegen der Metallblöcke in den Gießkegel usw. obliegt. Ebenso behalten sie sich vor, den Prinzipal oder ein in der betreffenden Druckerei tätiges Familienmitglied deselben mit der Instruktion und Handhabung der Maschine vertraut zu machen, also solche Personen, die nicht als Setzer fungieren sollen.
4. Die Herstellung von zum Druck zu verwendendem Satz werden die Fabriken nur für Käufer ihrer Maschinen und nur dann übernehmen, wenn es sich um Lieferung von Probestab oder um eine Ausstillleistung bei nicht rechtzeitig zu liefernden Maschinen handelt. In solchem Falle sollen die mit der Herstellung des Satzes beschäftigten Maschinensetzer nach den Bestimmungen des § 34 des Tarifes entlohnt werden.

Berlin, im Februar 1904.

Das Tarif-Urtheil der Deutschen Buchdrucker.
Georg W. Bügenstein, L. S. Giesecke, Prinzipalvorsitzender. Gehilfenvorsitzender. Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Schweizerdegen
welcher 2500 Mf. ins Geschäft einlegen kann, in gut bezahlte Stellung gesucht. Kapital wird sichergestellt und gut verzinst. Werte Offerten unter Nr. 788 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Fertigmacher
für sofort gesucht. [760]
Ferd. Rheinhardt, Schriftgießerei
Berlin SW 11, Schöneberger Straße 4.

Matrizenbohrer.
Geebte Matrizenbohrer auf Messing und Kupfermatrizen per sofort für dauernde Stellung gesucht.
Schriftgießerei G. J. Kolland, Berlin N, Uckerstraße 11 15. [773]

Bochum. Sonnabend den 12. März, Vereinsversammlung. D. N.

Krefeld. Samstag den 12. März, abends 8 1/2 Uhr: Außerordentliche Versammlung. Die S. D. ist dieselbe wie am vergangenen Samstag. Der Vorstand. [771]

Maschinensetzerverein für den Gau Württemberg
Sonnabend den 13. März, vorm. 1/2 11 Uhr, im Gewerkschaftshause (Zum gold. Löwen) in Stuttgart:
Generalversammlung.
Sagesordnung: 1. Einläufe; 2. Bericht des Vorstandes; 3. Rechnung des Vorjahres; 4. Besprechung der sanitären Verhältnisse in Setzmaschinenbetrieben; 5. Technisches und Tarifliches. — Zu zahlreichem Besuche ladet ein Der Vorstand. [768]

Rixdorf-Britz.
Sonnabend den 12. März, abends 9 Uhr, veranstaltet der Ortsverein in den Räumen des „Parlorgarten“, Rixdorf, Parlorgartenstraße 6 bis 10, einen
Grossen Wiener Maskenball
wogu die Kollegen sowie Freunde und Gönner des Vereines herzlichst eingeladen sind.
Der Vorstand. [772]

Typographia — Gesangverein —
Berliner Buchdrucker und Schriftgiesser.
Chormeister: Alexander Weinbaum.
Sonntag den 20. März in Louis Kellers Festsälen, Koppenstr. 29:
KONZERT
Mitwirkende: Fräul. Mary Stöller (Koloratur-Sängerin) vom „Theater des Westens“; Herr Arthur Kautzenbach (Cello).
Anfang 6 1/2 Uhr. — Eintritt 50 Pf. — Kinder bis 14 Jahre 20 Pf.
Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt.
Eintrittskarten à 40 Pf. sind an den bekannten Stellen zu haben. Der Vorstand.

Typographia Zwickau. Gesangs-Abteilung der Mitgliedschaft Zwickau.
Sonnabend den 12. März, 2. Stiftungsfest, bestehend in Vokal- und Instrumental-Konzert, humor. und Solovorträgen usw., mit nachfolgendem Gänzlich im „Selvederer“ statt, wogu die Kollegen hierdurch freundlichst eingeladen werden. Der Vorsteher. [707]

Schlesischer Maschinensetzer-Verein „Dickhäuter“ Freiberg i. Sa.
Sitz Breslau.
Sonntag den 13. März, vormittags 10 Uhr: Ordentliche Generalversammlung.
Abends 5 Uhr:
Feier des 3. Stiftungsfestes
im Hotel „König von Ungarn“, Bischofstr. Die Herren Kollegen vom Rasen sind willkommen. Der Vorstand. [769]

Jeden Mittwoch, abends 1/9 9 Uhr:
Klubabend
„Stadt Dresden“. Der Klubrat. [775]

Tabellen zur Satzberrechnung
Rid. Härtel in Leipzig, N. — 3 Mf.

Deutscher Buchdrucker-Kalender
für 1904
von Ludwig Rexhäuser.
Preis 1 Mk.
Verlag von Radelli & Hille, Leipzig
Salomonstrasse 8.

Buchdruckerwappen
in 7 Farben, Bildgröße 35 x 46 cm, empfiehlt zum Preise von 2 Mf. franko die lithographische Anstalt
F. W. Siebert, Mennel. [770]

Unentbehrlich! Unentbehrlich!
Anhang zum Tarife
von Konrad Eichler, Leipzig, Salomonstr. 8
Preis pro Exemplar 10 Pf.
Von den Verbandsfunktionären oder vom Herausgeber direkt zu beziehen. An Porto wolle man den Bestellungen außerdem noch bis zu 6 Stück 3 Pf., 7 bis 12 St. 5 Pf., 13 bis 30 St. 10 Pf. beilegen.

Richard Härtel, Leipzig-R.
(Inhaberin: Klara verw. Härtel)
Kohlgeratstrasse 48
liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franks. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten. Die praktische Organisation des Buchdruckereibetriebes, sowohl nach der gewerblichen wie nach der technischen Seite hin, mit Berücksichtigung der Grundlage zu einer genaueren Preisfaktulation. Bearbeitet von Prof. Eugen Schüdt, Lehrer an der k. k. graph. Lehranstalt in Wien. 240 Mf.
Praktischer Leitfaden für Buchdruck. Ein wirkliches Lehrbuch für den Farbendruck u. die Farbvermischung im Buchdruck. Nach jahrelanger praktischer Erfahrung und Versuchen bearbeitet u. herausgegeben von F. Müller u. W. Dethleffs. 3,50 Mf. franko.
Die Buchführung im Buchdruckereigewerbe, theoretisch und praktisch dargestellt, mit einem Anhang über die Buchführung bei kleinen Betrieben, Zeitungsdruckereien, Aktiengesellschaften usw. Bearbeitet von Prof. Eugen Schüdt in Wien. 3 Mf.